

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.

**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

**Insetate**  
1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 17. August. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Professor Hansteen zu Christiania zum auswärtigen Ritter des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste; ferner den bisherigen Chef des Fürstlich Appelchen Marstall- und Gestüt-Departementz, Hoffstallmeister von Unger unter Beilegung des Charakters „Landstallmeister“ zum Direktor des Westpreußischen Landgestüts mit dem Range eines Rates vierter Klasse zu ernennen; und dem Kammergerichts-Sekretär Voßköt bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kanzler-Rath zu verleihen.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Berlin, 17. August. Dem gestrigen Feste im Kroll'schen Etablissement zu Ehren der Herren Graf Bismarck, v. Noor und v. Moltke wohnten sämtliche Minister und nahezu tausend Theilnehmer aller Stände und Parteien bei. Der Präsident des Reichshaus, Graf Stollberg, brachte das Hoch auf Se. Majestät den König aus, Oberbürgermeister Seidel auf den Grafen Bismarck, die Herren v. Noor und Moltke, General Brandt auf die Armee. Graf Bismarck dankte Namens der Geehrten und brachte ein Hoch auf die Stadt Berlin aus. Es herrschte eine enthusiastische Stimmung.

## Das Nationalitäts-Princip.

Es ist mit dem Nationalitäts-Princip wie mit jedem anderen: zu weit ausgedehnt wird es unwahr und gefährlich. Die neuesten Ereignisse haben dieses Princip mit allen seinen Übertreibungen wieder in die öffentliche Diskussion geworfen und bei den kleinen unselbstständigen Nationalitäten Hoffnungen hervorgerufen, deren thatächliche Erfüllung die größte Verwirrung in der Politik erzeugen und die Verhältnisse mancher Länder auf den Kopf stellen würde. Wer für Ostreich mit seinen in buntem Gemisch lebenden sieben Nationalitäten das Mittel zu einer strikten Durchführung des Nationalitäts-Princips sände, wäre der größte Mann des Jahrhunderts. Er hätte das Unmögliche möglich gemacht; denn unmöglich ist, gemischten Bevölkerungen ihr unverkürztes Recht auf Sprache und Sitte zu gewähren, selbst wenn die Staatsregierung den besten Willen dazu hat. Eine Nationalität wird der andern weichen müssen, eine ist, selbst ohne jede fremde Dazwischenkunst, im natürlichen, wenn auch oft bewußtlosen Kampf gegen die andere. So giebt es Länder Ostreichs, in denen die verschiedenen Sprachen, selbst eines Stammes, sich gegenseitig korrumptieren, wie gleichzeitig sich auch die Regierung dem Kampfe gegenüber verhalten mag. Würde sie Partei nehmen, würde er nur an Energie gewinnen.

Daraus würden nun die blinden Anhänger des Nationalitätsprincips folgern, daß eine staatliche Trennung geboten sei, um solchem Kampf ein Ziel zu setzen, aber sie beantworten die Frage nicht, wie sie ausgeführt werden soll. Die wichtigste Vorfrage ist, kann, selbst wenn eine Auseinanderlegung der Nationalitäten physisch möglich wäre, das neue nationalhomogene Gemeinwesen nach Umfang und Bedeutung seine staatliche Existenz behaupten? Diese Frage, welche den Nationalpolitikern par excellence ganz untergeordnet erscheint, wird in vielen Fällen verneint werden müssen.

Gefest, man könnte die Slovaken isoliren, national reorganisiren und auf die eingen Füße stellen, was würde das für eine jämmerliche staatliche Existenz sein! Noch elender, als die der Serben, die von jeher ein geschlossenes Ganze bildeten und sich noch nicht einmal von türkischer Oberherrschaft frei machen konnten, da sie weder geistig noch materiell vorwärts kommen. Die Ungarn fühlen sehr wohl, daß auch ihnen, bei aller numerischen Stärke, eine Sonderexistenz nicht frommen würde.

Worauf beruht denn nun dieses heftige Streben der slawischen Völker nach nationaler Sonderung, dieses blinde, alle Vortheile der staatlichen Existenz daran gebende Ringen nach nationalen Institutionen. Wenn wir es kurz und hart bezeichnen wollen: Auf Unklarheit der Idee.

Welche Berechtigung wir dem Gefühl für nationale Entwicklung des Staatslebens zugeföhren, zeigen deutlich die großen Anstrengungen Deutschlands, zur Einheit zu gelangen. Keiner anderen Nationalität kann das gleiche Recht versagt werden, doch sind jeder ihre besonderen Grenzen gesetzt, welche der bloße Wille nicht verrücken kann, welche aber der reine Theoretiker nicht sieht.

Unsere Polen in der Presse und im Landtage folgern aus dem Aufruf unseres Armeekommandos an die Böhmen und Mähren, daß Preußen plötzlich eine neue Fahne aufgepflanzt habe, das Nationalitätsprincip, und daß, was es fürs Ausland annehme, auch fürs Inland gelten müsse, mithin eine neue Aera für das Polenthum in Preußen angebrochen sei.

Man hat von dieser Seite, wie wir schon früher ausführten, viel zuviel in diesen Aufruf hineingelegt. Als Gegnerin des Nationalitätsprincips hat die Regierung sich nie gerirt, sie sprach daher auch durch die böhmisch-mährische Proklamation nichts Neues aus, sondern verband mit ihr den unmittelbaren, praktischen Zweck, der aufgeregten czechischen und mährischen Bevölkerung die Beruhigung zu bringen, daß sie nicht komme als Unterdrückerin ihrer Nationalität. Diese negative Aussage genügte, da die fanatisierten Czechen doch wohl nicht leicht glauben gemacht werden könnten, Preußen wolle ihre nationale Reorganisation in die Hand nehmen. Das hätte sowiel geheißen, als Preußen wolle sich in diesen slawischen Ländern festsetzen. Hätte die Proklamation diesen Sinn gehabt, so wäre ihre Wirkung schwerlich eine beruhigende gewesen in einem Lande, wo man heut den Protestantismus als den leibhaften Gottheitbeimus fürchtet.

Nur indem die Proklamation jenen negativen Sinn hatte und in diesem verstanden wurde, konnte sie die erfolgreiche Wirkung haben, die sie im Allgemeinen, wenn auch nur kurze Zeit äußerte. Was aber die Ungarn betrifft, so hat das preußische Oberkommando, so weit es überhaupt in Beziehung zu ihnen getreten ist, mit ihnen nicht als Gegnern

der deutschen Nationalität verhandeln können, sondern als Gegnern der Krone Ostreichs, welche die politischen, nicht die nationalen Rechte Ungarns angetastet hatte. In diesen Unterhandlungen hatte das Nationalitätsprincip durchaus die Rolle nicht, welche die polnischen Patrioten darin sehen wollen.

Der Name „Ungarische Legion“ durfte hierzu nicht verleiten, da der Prinzipienkampf zwischen Ungarn und dem Kaiserthum immer auf dem politischen Gebiete gelegen hat und auch heute dort liegt. In ihrem nationalen Interesse sind die Ungarn so wenig bedroht, daß wir von unserem Standpunkte vielmehr eine gewisse Sorge für das deutsche Element in Ungarn nicht unterdrücken können.

Die Folgerungen also, welche die polnische Presse aus dem viel citirten Aufruf an die Böhmen und den diesseitigen Beziehungen zu den Ungarn gezogen hat, sind unzutreffend. Der König von Preußen hat kein neues Panier ergriffen; es ist seine mit dem Regierungsantritt ererbte und seit Jahren vorbereitete Politik, die heut durchgeführt wird, Deutschland national zu einigen und zu einem mächtigen Staate zu machen, das staatliche und nationale Element gleichberechtigt neben einander zu stellen.

Für die Preußen polnischer Zunge ändert sich durch diese Neugestaltung gar nichts; denn Preußen bleibt immer Preußen, wenngleich es Theil eines deutschen Bundes wird. Die Polen werden nicht genötigt, sich Deutsche zu nennen, sie sind und bleiben preußische Unterthanen und ihre besonderen Angelegenheiten werden auch in Zukunft von der preußischen Staatsregierung selbstständig geordnet werden. Die Weherufe der polnischen Presse, daß 2 Millionen Polen einem deutschen Heude einverlebt, mithin selbst ihres Namens entkleidet werden sollen, sind demnach nicht an der Zeit.

## Deutschland.

**Preußen.** — Berlin, 16. August. [Zur Mission des Gen. Manteuffel; zur Thronrede; Gr. Bismarck nicht unwohl; Annexionsvorlagen; aus den Lazaretten.] Die Mission des Gen. v. Manteuffel nach Petersburg beschäftigt noch immer in hohem Grade die Gemüther und die Zeitungen bringen die verschiedenartigsten Nachrichten über den Zweck derselben; selbst die orientalische Angelegenheit im Anschluß an den neuen rumänischen Thron muß zur Erklärung der Reise herhalten. Wir müssen freilich auch dahingestellt sein lassen, welches der eigentliche Zweck gewesen. Das aber können wir sagen, daß, was er auch gewesen sein mag, die Reise vollständig geglückt ist. Die Beziehungen zu Russland bleiben die allseitigsten, und zwar herricht darüber nicht der geringste Zweifel oder die geringste Unklarheit. Wenn also manche politischen Kreise in Deutschland auf eine Einmischung Russlands in unsere oder überhaupt die deutschen inneren Angelegenheiten spekulirt haben, so ist ihre Hoffnung, wie jede auf Einmischung des Auslandes, vollkommen vereitelt; es ist sogar ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers an den König hier eingetroffen, welches ganz geeignet ist, auch den letzten Rest von Besorgniß zu zerstreuen.

Die „Indep.“ behauptet, zwischen dem Entwurf der Thronrede und der wirklich gehaltenen bestehe insofern ein Unterschied, als in ersterem noch ein Passus über die freundlichen Beziehungen zu Frankreich gestanden hätte, der nach den Eröffnungen Benedetti fortgelassen sei; dies ist aber vollständig unwahr. Zwischen Entwurf und Fassung ist in Beziehung auf die auswärtigen Angelegenheiten gar kein Unterschied und ist gar keine Änderung eingetreten, die Zurückhaltung, welche die Thronrede in dieser Beziehung zeigt, röhrt vielmehr daher, daß damals, so wenig wie heute, schon wirkliche Friedensschlüsse, nur Präliminarien, vorlagen, und daß, da diese Verhältnisse noch nicht zum Abschluß gekommen und die Beziehungen zu einem Theile des Auslandes also noch nicht geregelt waren, dasselbe überhaupt nicht erwähnt worden ist.

An der Nachricht über das Unwohlsein des Gr. Bismarck ist nichts Wahres. — Die Annexionsvorlage wird wahrscheinlich schon morgen dem Abgeordnetenhaus zugehen.

Dem Kriegsministerium sind aus den Feld- und Reservelazaretten, also mit Ausschluß der Johanniter- und Privatlazarette, die Rapporte vom 1. August zugegangen; einige Feldlazarette sind nur noch im Rückstande. Der vorige Rapport war vom 21. Juli; seitdem haben sich die Lagerstellen in den Feldlazaretten von 5590 auf 7594 vermehrt, belegt mit 5391 Preußen, 2202 Feinden. Die Zahl der Bettten ist in den stehenden Lazaretten seit dem 21. Juli von 3301 auf 1637 heruntergegangen, mit 796 kranken Preußen (am 21. 687), 9 Verbündeten, 832 Feinden (gegen 1599). Darunter verwundet 212 Preußen (gegen 295) und 826 Feinde (gegen 1573). In den Reservelazaretten waren 41,863 Betten (gegen 35,157) mit 9942 kranken Preußen (gegen 7555), 99 Verbündeten (gegen 20) und 9770 Feinden (gegen 7857), darunter 2297 verwundete Preußen (gegen 1989), 15 Verbündete (gegen 16), 9455 Feinde (gegen 9686). In den Reservelazaretten waren also 22,052 Betten unbelegt. In den 3 Kategorien der Lazarette befanden sich also im Ganzen 29,041 Kranke, darunter 16,475 Verbündete und 12,566 Unverbündete. Im Ganzen mit den Johanniterlazaretten und der Privatpflege waren vorhanden 56,748 Lagerstellen (gegen 54,110) mit 34,696 kranken, darunter 20,447 Verbündete und 12,566 Unverbündete und unter den ersten 9942 Preußen, 99 Verbündete und 9770 Feinde.

Der König nahm am 15. Vormittags die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Bücker und Perponcher, des Geh. Kabinettsrathes Mühl und des Geh. Hofrathes Bock entgegen und empfing hierauf den Major v. Mutius und den Lieutenant Hahn, welche die Orden ihrer verstorbenen Väter überbrachten. Mittags 12 Uhr hielt der König, im Beisein des Kronprinzen, im Palais einen Ministerrat ab, der etwa 3 Stunden dauerte. Nach Aufhebung der Tafel führten die Majestäten und der Kronprinz per Extrazug nach Potsdam und statteten der Königin-Wittwe in Sanssouci einen Besuch ab. Die Königin Augusta verabschiedete sich und reiste mittels des Kourierzuges nebst Gefolge nach Koblenz ab. Der König und der Kronprinz kehrten darauf wieder nach Berlin zurück.

Der Kronprinz hat sich gestern Abends nach Schlesien begaben und wird dort im Schlosse Erdmannsdorf bis zur Rückkehr der Garderegimenter seinen Aufenthalt nehmen.

Der „Nationalztg.“ entnehmen wir im Auszuge nachstehende Bemerkungen über die französischen Ansprüche:

Ende Mai d. J. luden Frankreich, England und Russland die Regierung, zwischen welchen Krieg auszubrechen drohte, zu einer Friedenskonferenz ein, um auf Mittel zu denken, diese Gefahr zu be schwören. Die öffentliche Meinung, sagten sie, beunruhige sich bei der Möglichkeit eines Krieges, bei welchem so viele und so verschiedene Interessen beteiligt sein würden; sie selber könnten nicht mit Gleichgültigkeit an einen Kampf denken, in welchen Staaten gerathen würden, gegen die sie nur freundschaftliche Gefühle begreifen. In diesem „friedlichen und verhältnißlichen“ Gedanken trafen die drei neutralen Mächte zusammen, und hierin bestand ihre Vereinigung. Daß sie außerdem noch unter andere Dinge überzeugt hätten, bekam man nicht zu hören, und über ihr Programm für die Friedenskonferenz erfuhr man niemals etwas Sichereres. Auf keinen Fall aber werden sie die Unfreiheit geben, welche so eben ein Pariser Blatt, das dem dortigen Minister des Auswärtigen nahe steht, ihnen nachfragt. England und Russland haben ganz gewiß nicht der französischen Regierung den von der „Presse“ verklärten „Grundzog“ zugegeben, daß in Europa keine Großmacht sich vergrößern dürfe, ohne sofort allen anderen ein „Recht“ zu geben, ebenfalls eine entsprechende Vergrößerung zu verlangen.

Es ist wirklich stark, was Pariser Journalisten ihrem und dem gesamten europäischen Publikum zu bieten wagen. Sie stellen einen „Grundzog“ und ein „Recht“ auf, nach welchem die Landkarte des ganzen Erdteils viel älteren Veränderungen ausgeglichen sein würde, als man bis jetzt gewußt ist, zu erleben. Nach dieser Theorie würde keine Großmacht durch Krieg, ja selbst nicht durch Erbsfall oder durch Volkswillen eine Anzahl Quadratmeilen gewinnen dürfen, ohne daß alle anderen ein „Recht“ bekämen, in ihrer Nachbarschaft, oder wo es ihnen sonst beliebte, einzudringen und einen Regenten außer Besitz zu stellen.

Und das ein Staat, der stark genug war, einen großen Krieg zu führen und zu siegen, nachträglich an Jeden, der gern etwas haben möchte, etwas herauszugeben verpflichtet sein soll — dies hat auch nicht ein Körnchen Verunst für sich. Glaubte man in Frankreich, Preußen keine Vergrößerung gönnen zu dürfen, so hätte man sich bei Seiten ins Mittel legen und Partei ergreifen müssen. Jetzt, nach Beendigung des Krieges, welcher zur Entscheidung des künftigen Bestandes von Preußen und Ostreich geführt wurde, ist eine nachträgliche „Kompensationsforderung“ so unzeitig, als wenn sie plötzlich im tiefsten Frieden vom Baum gebrochen würde. Nach Allem scheint denn auch die Theorie des Herrn Drouyn de Lhuys, wenn jene Ausführungen der „Presse“ wirklich von ihm angeregt worden sind, nicht durchdrungen zu sein, sondern seine Eingebungen haben, wie schon öfter, einer minder engen Aufstellung das Feld räumen müssen.

Aus Prag wird berichtet: Die Friedens-Verhandlungen finden abwechselnd in den Hotels der Bevollmächtigten Ostreichs und Preußens statt. Bis jetzt wurde über die Widerlung der Invasionlasten verhandelt; die preußische Verordnung, betreffend die Einhebung der Julizinssteuer, wurde aufgehoben; auch wegen Wiederbeginn der Elbe-Schiffahrt wird verhandelt. Seit dem 10. d. M. erfolgt die Verpflegung der Truppen durch die preußische Militärverwaltung.

Was hiesige Blätter bereits über das Widerstreben Baierns gegen die von Preußen demselben gestellten Friedensbedingungen mitgetheilt haben, wird auch von anderen Seiten bestätigt. Es muß aber um so mehr auffallen, daß grade die baiersche Regierung sich gegen die preußischen Forderungen so verschlossen zeigt, da dieselbe sich doch bewußt sein muß, daß es ganz besonders in ihrer Hand gelegen hätte, den Krieg zu verhindern, dessen Folgen sie nun zu tragen hat. Wäre Bayern auf den früheren Bundes-Reform-Plan Preußens eingegangen, in welchem ihm die militärische Leitung Süddeutschlands angeboten war, so würde es aller Wahrscheinlichkeit nach gar nicht zum Kriege gekommen sein; denn Österreich hätte dann keine Bundesgenossen gegen Preußen gehabt und würde für sich allein den Krieg schwerlich unternommen haben. Alle Vorstellungen aber, welche Preußen der baierschen Regierung macht, waren vergebens, sie wurden wiederholentlich offenbar in der Hoffnung zurückgewiesen, daß der Krieg einen für Preußen ungünstlichen Ausgang haben würde. Selbst nach dem Siege von Königgrätz machte Preußen noch einmal den vergeblichen Versuch, fernes Blutvergießen zu vermeiden, Bayern zum Rücktritt von der Koalition zu bestimmen. Der Bruch der Neutralität, die Verletzungen des Völkerrechts, deren sich die baiersche Regierung, ihren eigenen Anträgen zum Trotz, in Frankfurt a. M. und Mainz schuldig machte, lassen einen Blick in die preußenseitliche Gesinnung des bayerischen Kabinetts thun, welche mit Sicherheit das vae victis Preußen entgegen rufen zu können hoffte. (N. A. Z.)

Die „Spenerische Zeitung“ spricht sich über die Schwierigkeiten des Friedensschlusses mit Bayern in nachstehender Weise aus:

„Es ist bekannt, daß die Friedensverhandlungen Preußens mit Baden und Württemberg so gut wie beendigt, mit Bayern dagegen in Stocken gerathen sind. Der Grund dieser Situation ist nicht unschwer zu errathen. Es werden jenen beiden süddeutschen Staaten bedeutend leichtere Friedensbedingungen als Bayern gestellt sein. Preußen hat also aus der leidenschaftlich antinationalen Haltung Württembergs eben so wenig wie aus dem gewaltfamen Zwange, den die Bevölkerung Badens im antipreußischen Sinne auf ihre Regierung ausübte, ein Motiv zur Verschärfung der Friedensbedingungen hergenommen. Preußischer Seits ist vielmehr Bayern als die Stütze der süddeutschen Koalition, als der stärkste Gegner ins Auge gefaßt, und darin liegt zugleich eine Anerkennung der Bedeutung Bayerns. Bayern war der Führer Süddeutschlands und der Würzburger Koalition der That und dem politischen Rechte nach zu jeder Zeit. Ohne Bayern hätten die andern Mitglieder der Koalition keine Bedeutung, im Verein mit Bayern fühlten sie sich als Macht. Da verlangt denn die öffentliche Gerechtigkeit, daß nach dem Grundsatz noblesse oblige der Träger der Koalition auch die Verantwortung tragen, oder, wie man im gewöhnlichen Leben zu sagen pflegt, die Rechte bezahlen muß. Zur Zeit des untergegangenen Bundestages liebte man in München, den Herrn v. Beust in den Vordergrund der Ereignisse zu schieben und Sachsen als den Leiter der Würzburger Koalition zu bezeichnen. Die Sache war indessen bloßer Schein. Herr v. Beust bekannte ohne Rück-

halt in der letzten Session des sächsischen Abgeordnetenhauses kurz vor Ausbruch des Krieges, daß sich die Mittelstaaten der Leitung Bayerns unvertraut hätten. Das war auch naturgemäß. Sachsen, von Preußen fast umschlossen, hätte ohne bayerische Anregung, ohne Zusage der Hilfeleistung schwierig den Muth einer antipreußischen, auf den Krieg hintreibenden Politik gehabt. Überließ Bayern wirklich seine geborene Führerrolle des südwestlichen Deutschlands an Sachsen, so muß es selbstverständlich dennoch die Folgen dieser Abdication tragen. Bayern darf sich am wenigsten in Betreff der Kriegsfolgen mit Württemberg, Baden oder Darmstadt vergleichen, welche unter dem Drucke der Drohung des vielfach stärkeren Bayerns, Baden sogar unter der Drohung der Theilung zur Theilnahme am Kriege gegen Preußen genötigt wurden. Bayern kann sich nur mit Sachsen in Parallele stellen, und wenn es bei gleicher vielleicht noch größerer Schuld am Siege als Sachsen, dennoch beim Frieden günstiger zu stehen kommt, als dieser Staat, so hat Bayern diesen Vortheil seiner geographischen Lage zu danken.

Die Nachricht der „Spener'schen“ und „National-Ztg.“, daß die Friedensverhandlungen mit Bayern ins Stocken gerathen seien, wird auch der „König-Ztg.“ direkt bestätigt. Die Veranlassung der Unterbrechung der Verhandlungen entzieht sich zwar der Offenkundigkeit, wird aber wohl in der Höhe der Kriegskosten und in Gebietsabtretungen zu suchen sein. Bayern war von Preußen wiederholentlich, zuletzt unmittelbar nach der Schlacht bei Königgrätz, aufgefordert, dem Bestreben zu entsagen, die preußischen Truppen aus Sachsen verdrängen zu wollen, es war ihm preußischerseits der Vorschlag zu einer direkten Verständigung gemacht. Vergebens. In München herrschte die Hoffnung, daß das Kriegsglück sich wenden würde. Es mußte der Kampf weiter fortgesetzt werden. Da möge denn Bayern, dessen Kammern gleichfalls für den Erbprinzen von Augustenburg durchaus den Krieg wollten, dessen Premier schon im vorigen Jahre mit dem Austritte aus dem Bunde drohen ließ, wenn die schleswig-holsteinische Frage nicht nach bayerischer Auffassung gelöst werden sollte, auch seinen Anteil an der Beute bezahlen. Preußen wird seine Forderungen, wie glaubhaft verlautes, mit allen Mitteln aufrecht halten.

Der bayerische Minister v. d. Pförder hat sich aus München Verstärkung kommen lassen, und zwar in der Person eines Staatsraths und in dem Oberst-Lieutenant im General-Quartiermeister-Stab, Weisse. Beide Herren trafen gestern früh hier ein und fand Vormittags im Hotel Royal eine Konferenz statt.

Die „France“ bringt einen Brief aus Hamburg, worin der Berichterstatter darthut, daß und warum die Bremer so eifige Anhänger der preußischen Einverleibungspolitik seien: ihr materieller Vortheil spielt dabei die Hauptrolle. Es ist indefs immerhin schon gut, wenn alle Leute nur erst einmal so klar, wie die Bremer, einsehen, wie glänzend sich die Ansichten auf die materiellen Vortheile eines festen Zusammenschlusses von Norddeutschland anklängen.

Der zur polizeilichen Visitation nach den Elbherzogthümern abgängene Polizeirath Goldheim war vor einigen Tagen zur Berichterstattung hier. Tags darauf ist er jedoch wieder nach Hamburg abgegangen, von wo er weitere Inspektionsreisen nach Hannover unternimmt. Damit stehen auch die Kombinationen in Verbindung, die man neuerdings in unterrichteten Kreisen bespricht, daß für die Verwaltung der Polizei des mit Nächstem ganz einzuvorleibenden Königreichs Hannover ein höherer diesseitiger Polizeibeamter aussersehen. Ebenso soll die Polizei-Direktion der Maingruppe Kurhessen, Rheinhessen, Frankfurt und Nassau in eine energische Hand gelegt werden. Im ersten Falle würde Hannover, im letzten Frankfurt am Main der Sitz der Centralstelle sein. Von besonderen Besonderheiten für diese bedeutungsvollen Stellen nennt man den Polizedirektor Dr. Stieber, zur Zeit Chef der Feldpolizei, den Hauptmann von Stückradt, zur Zeit Kommandeur der Schulmannschaft, den früheren Polizeihauptmann v. Manstein, bisher Amtmann zu Sigmaringen und man spricht schließlich von einer Reaktivierung des früheren Polizeibeamten Pätzke, zur Zeit Zuchthausdirektor in Karlsruhe. Letzgenanntem würde dann die Stelle eines Oberinspekteurs der Schulmannschaft, die, der Einheitlichkeit wegen, über alle jene Distrikte ausgedehnt werden würde, zufallen. — In Dresden, wie in Leipzig, würden ebenfalls ein oder mehrere preußische Polizeibeamte stationirt werden (ein Umstand, der jedenfalls in den spezielleren Stipulationen des Friedens mit Sachsen vorgesehen werden wird), in ähnlicher Weise, wie zur Zeit des Erfurter Parlamentes (1850) der hiesige Polizeikommissar Adler dem Regierungsrath Eberhardt in Dresden und dem Regierungs-Polizeirath Volk in Erfurt zur Seite gegeben wurde. Es hat sich diese Einrichtung damals vortrefflich bewährt und ist ihr manche wichtige Entdeckung in politischer Beziehung zu danken. Um das zu Einheitswerk ganz zu voll-

den, würde schließlich wohl auch der mit von Hinkeldey's Tode erloschene Posten eines General-Polizei-Direktors, als Abtheilungs-Chef im Ministerium des Innern, neuert werden und nennt man auch hier bereits als Erlesenen, wenn auch mit minderer Wahrscheinlichkeit, den früheren Polizeipräsidienten von Berlin, Geh. Rath v. Winter, zur Zeit Ober-Bürgermeister von Danzig. (Post.)

Die „Boss. Ztg.“ bringt nachstehende Mittheilung über die Stärke und Zusammensetzung der im letzten Feldzuge von Preußen aufgestellten mobilen Streitkräfte:

So weit eine Übersicht sich schon darstellt, sind im Verlauf der letzten preußischen Mobilisierung von Preußen 534 Bataillone aufgestellt worden und die Errichtung von noch ferneren 38 Landwehr-Ersatzbataillonen war außerdem eben im Begriff, ausgeführt zu werden, scheint jedoch durch den raschen Abschluß des Krieges sistiert worden zu sein. Unmittelbar in erster Reihe sind davon zur Verwendung vor dem Feinde gelangt die sämtlichen Garde- und Linien-, wie etwa 40 bis 48 Landwehrbataillone des ersten Aufgebots. Demnächst in den letzten Abschnitten des kurzen Kampfes auch noch die 81 ersten Erst- oder vierten Bataillone. Der Rest der Landwehr des ersten Aufgebots ist nur zu Besatzungszwecken, namentlich auf feindlichem Gebiet im Gefolge der eigentlich aktiven Streitkräfte zur Verwendung gelangt, die heimatlichen Garnisonen und Besetzungen sind dagegen in der Hauptrichtung von den neuen Erst- oder fünften Bataillonen übernommen worden. Zur Bildung derselben wurden von den vierten Bataillonen, welche durchgängig nur mit 800 Mann ins Feld gerüstet sind, je Stämme von 200 Mann zurückgelassen, welche dann mit 300 Mann der Landwehr des zweiten Aufgebots und 500 Mann Ersatzreserve wieder zu neuen Bataillonen à 1000 Mann ergänzt werden sind.

Der Mannschaftsstand würde angereichert haben, um für den Fall der Not auch noch 6 bis 8 Bataillone in der gleichen Weise zu bilden. Als außerordentlich müssen namentlich auch die Anstrengungen für die gleichzeitige Ausrüstung so gewaltiger Truppenmassen und für die Bewaffnung derselben anerkannt werden. Die Bestände an Bündnadelgewehren und die Neufabrikation dieser Waffe sind ausreichend gewesen, um gleich unmittelbar damit die 24 Landwehr-Bataillone des X. oder Reserve-Korps und 81, oder den Jäger- und Schützen-Erlatz befreit, eigentlich 83 Erlatz-Bataillone damit auszurüsten, wozu weiterhin noch 28 Landwehr- und die 81 fünfte Bataillone wie 1 Jäger-Bataillon hinzugereten sind. Zusammen sind also im Verlauf von etwa acht Wochen nicht weniger als 217 Bataillone mit diesen neuen Feuerwaffen ausgerüstet worden, ein Fall, der wahnsinnig beispielhaft dastehen möchte. Ebenso befanden sich zu Anfang des Krieges per Landwehrbataillon nur die Uniformen und Ausrüstungs-Gegenstände in der Stärke von 502 Mann und auch diese grobenteils nur in der Stärke für das zweite Landwehr-Aufgebot vorhanden, so daß anfänglich, um die Bataillone auf die volle Kriegsstärke von 800 Mann zu legen, sogar auf die Bestände der Linie hat übergegriffen werden müssen. Für die Ausrüstung von fünften Bataillonen war, da diese sich in dem regelmäßigen preußischen Mobilmachungsblatt nicht vorgegeben findet, vollständig gar nichts vorbereitet.

Nichtsdestoweniger ist in der Aufführung aller dieser Truppen nicht die geringste Verzögerung oder Stockung eingetreten und mittler im Kriege ist es gelungen, deren volle kriegerische Ausrüstung zu erwirken. Noch größer müssen die Schwierigkeiten bei Aufstellung eines 10. Artillerieregiments und der schleunigen Aufstellung der neuen Kavallerieregimenter erkannt werden, ohne daß sich indeß auch hierbei irgend ein Aufenthalt ergeben hätte. In Artillerie sind, soweit sich bisher übersehen läßt, 18 neue Batterien mit zusammen 108 Geschützen neugebildet und unmittelbar auch mit in Verbindung geestellt worden. Doch hat dies außerdem zugleich mit mehreren den Festungsbesetzungen beigegebenen Ausfallbatterien stattgefunden. Eine ganz eigenartige Neubildung ist das aus geeigneten Pioniermannschaften gebildete neue Eisenbahnbataillon, das in Böhmen, Mähren, wie überhaupt von der ersten Gründung der Feindseligkeit ab in Wiederherstellung der Bahnen, wie für den Bahnbetrieb die außerordentlichen Dienste geleistet hat. Auch die Seearmee ist um eine neue dritte Kompanie vermehrt worden. In Nachahmung des Marktfeldewesens der französischen Armee sollen sich bei den meisten im Felde stehenden preußischen Truppenkörpern jetzt ebenfalls uniformierte Marktfeldewerken befinden, einzelne Regimenter, so namentlich das Gardesduarenregiment haben deren übrigens schon bei ihrem Ausmarsch mit ins Feld genommen.

Die numerische Stärke der Parteien des Abgeordnetenhauses ist bis jetzt vornehmlich bei der Präsidentenwahl ins Licht getreten. Die damaligen Abstimmungen haben es gewiß gemacht, daß im gegenwärtigen Hause keine der politischen Hauptparteien allein das Haus beherrscht. Von den 352 Abgeordneten (von denen nur noch wenige fehlen) gehören etwa 140 zur Conservativen Partei, etwa 80 zur Fortschrittspartei und 70 zu der in voriger Session mit der Fortschrittspartei eng verbündet gewesenen Partei des linken Centrums. Zwischen diesen beiden fast gleich zahlreichen Hauptgruppen (140 auf der Rechten, 150 auf der Linken) stehen drei kleinere politische Genossenschaften, nämlich die sogenannten „allliberalen“, die „katholischen“ und „politischen“ Fraktionen, jede etwa 20 Mitglieder stark. Die absolute Mehrheit des Hauses besteht, wenn dasselbe (mit 352 Mitgliedern) vollzählig ist, aus 177 Abgeordneten; mithin wird weder die Rechte, noch die Linke für sich allein die Mehrheit haben, sondern nur durch den Hinzutritt einer oder der andern jener Mittelfraktionen das Feld behaupten. (N. Pr. 3.)

Der Oberbürgermeister Seydel hat bereits eine Deputation

ernannt, welche sich damit beschäftigen soll, Vorschläge darüber zu machen in welcher Art das Heer beim bevorstehenden Einzuge zu begründen und für die Invaliden und Hinterbliebenen zu sorgen sein würde. Bei der Kürze der Zeit sind diese Verhandlungen sehr beschleunigt, bereits zu Ende geführt und werden der nächsten Magistratsitzung zur Beschlusssnahme gelangen können.

\* Breslau, 15. August. Oberbürgermeister Hobrecht ist gestern früh aus Berlin hierher zurückgekehrt. Der Schulrat Wilhelm Stolzenburg ist vorgestern an der Cholera, der Bergbaupräsident Gustav Ameling nach achttagigen schweren Leiden heute früh gestorben. Am 14. August sind als an der Cholera erkrankt 159, als gestorben 111, als genesen 18 Personen polizeilich gemeldet worden. Die Zahl der Erkrankungen hat somit gegen den vorhergehenden Tag um 30, die der Todesfälle um 26 abgenommen. Die Gesamtzahl der bisher hier Erkrankten beträgt 2915, die der Gestorbenen 1930, die der Genesenen 283.

Kulm, 15. August. Der heutige „Radwisslanin“ enthält über die Debatten, betreffend die Stellung der polnischen Fraktion zur Regierung und zu den übrigen Fraktionen des Abgeordnetenhauses, welche der Konstituierung der gedachten Fraktion vorhergegangen, folgenden Bericht:

„Diese Debatten wurden an zwei Tagen bis in die späte Nacht mit großer Hestigkeit geführt. Es war nämlich der Antrag gestellt: „Die polnische Fraktion hat Schritte zur Ausforschung der Regierung zu thun, ob sie bei Realisirung der Nationalitäts-Idee noch immer in Deutschland, wie nach außen in Italien und in Schleswig dieselbe Politik auch auf die ihrem Scepter untergebene polnische Bevölkerung anzuwenden, oder ob sie bei der bisherigen Politik in Bezug auf die polnische Nationalität zu verharren gedenkt.“ Dieser Antrag war dringend, weil er die Stellung klar machen sollte, welche die polnische Fraktion heute der Regierung gegenüber einzunehmen hat. Dazu kam, daß die Bedeutung, welche die polnischen Stimmen bei der Präsidentenwahl des Abgeordnetenhauses haben würden, kein Geheimnis mehr war und diese Wahl jeden Tag auf die Tagesordnung kommen konnte. Der Antrag blieb jedoch nach langen Debatten in der Minorität und zu seiner Beseitigung wirkten folgende Hauptmotive mit: 1) Es ist der Regierung leichter, den Wechsel ihrer Politik in Bezug auf die polnische Bevölkerung zu dokumentieren, als der polnischen Fraktion, die etwaigen Absichten der Regierung zu erforschen; 2) die polnische Fraktion hat in dieser Hinsicht sehr traurige Erfahrungen in den verschiedenen Epochen des preußischen Ministeriums gemacht; 3) sobald die Regierung durch Thaten eine Änderung der Politik in Bezug auf die polnische Bevölkerung und die Anwendung des Nationalitätsprincips auf dieselbe dokumentiert, wird die polnische Fraktion sich sofort auf Seiten der Regierung stellen.“

Der Berichterstatter fügt hinzu: „Ich kann nicht öffentlich machen, unter welchem äußern Druck die polnische Fraktion bei diesen Debatten stand und welche Ansichten sich innerhalb derselben geltend machten. Dem tiefer Denkenden habe ich Alles gesagt. Doch kann ich offen ansprechen, daß die polnische Fraktion sich auf einen unabhängigen Standpunkt gestellt hat. Nach einem anderen polnischen Blatt hat das Mitglied des Herrenhauses, Gr. Ignaz Bniński, in Folge obiger Beschlüsse das Vice-Präsidentium der polnischen Fraktion niedergelegt und der Abg. Polomski ist der katholischen Fraktion beigetreten.“

Destreich. Prag, 12. August. Die „Presse“ hat eine Reihe telegraphischer Depeschen, denen Folgendes zu entnehmen: Die gestern und vorgestern gefassten Beschlüsse der Prager Friedenskonferenz sollen bereits die Ratifizierung von Seiten des Berliner und Wiener Kabinetts erhalten haben. — Es wurde wegen des Truppenmarsches und einer Verringerung der preußischen Städtegarisonen in Böhmen eine Vereinbarung der beiderseitigen Friedensunterhändler getroffen. General v. d. Mühlbe ist hier angekommen; er wird den Friedenskonferenzen als Militärvertreter beigezogen. — Gestern hat eine lange Sitzung der Konferenz unter Theilnahme aller Bevollmächtigten stattgefunden. — Die Situation ist seit gestern nicht verändert; das bis jetzt Slipurte wurde nach Berlin geschickt; es werden übrigens Nachrichten aus Italien erwartet, um weiter zu handeln. Beiderseitige Telegraphenvertreter werden hier erwartet, um wegen möglichst baldiger Wiedereinführung des Telegraphenverkehrs zu handeln.

Paradubiz, 8. August. Aus Königgrätz wird Folgendes mitgetheilt: „Vergangene Woche hatten die Preußen, wie schon mehrere Male versucht, die bei der Retirade in der Nähe der Festung im Schlamm steckenden gebrochenen vielen Geschütze aus demselben herauszuziehen, wurden jedoch von der Besatzung daran verhindert und ihnen bedeutet, sich zwei Stunden weit von der Festung zu entfernen. Nachdem die feindliche Be-

## Die Gärten von Paris.

(Schluß.)

Unter den Plänen für die Zukunft ist einer, der den Freunden gerade Wege unruhige Nächte machen wird. Man will den Pflanzengarten und den ganzen Raum vergrößern, den gegenwärtig die Weinberglage einnimmt. Dadurch würde der Garten, der gegenwärtig bereits mehr als zwanzig Hektaren einnimmt, noch um 15 vergrößert. Nimmt man selbst an, daß die Gemeinde, um ihre Kosten zu decken, die Hälfte der Spekulation überwiege, so würde der Pflanzengarten immer noch der schönste Garten von Paris. Die Niederlage, die geopfert werden soll, hat viel Geld gekostet und liefert nur eine unbedeutende Einnahme. Die Weinbäume haben in Bereh eine freie Niederlage gefunden, die ihren Interessen besser entspricht, so daß das Pariser Gebäude leicht entbehrt werden könnte. Ueberdies werden die Eisenbahnen, auf denen die großen Weintransporte erfolgen, bald genötigt sein, eigene Niederlagen zu bauen.

Auf zwei entgegengesetzten Punkten der Stadt existieren noch zwei Gehölze, die Überreste alter Forsten. Das Gehölz von Boulogne ist der gewöhnliche Spaziergang der eleganten Welt, während das schattigere und fernere liegende Gehölz von Vincennes der Bevölkerung der Arbeiterviertel, den Schießübungen der Artillerie und den Zweikämpfen der Journalisten überlassen wird. Der Kaiser hat die Idee gehabt, die beiden Gehölze in ungeheure Parks oder vielmehr in Landschaftsgärten zu verwandeln. Jedes Gehölz hat mehr als 1000 Hektaren Flächenraum und etwas Aehnliches sieht man blos in den Spaziergängen bei Wien, die übrigens bloße Fahrwege sind, welche durch gewöhnliche Wälder führen.

Wir fügen das Urtheil an, welches Alphons von Calonne über das Boulogner Gehölz fällt. Es lautet: „Dieses wohlgepflegte Gras, diese abgezirkelten Rasenplätze, diese Bäume, an denen man nicht einen einzigen Schnarozer wahrnimmt, diese nach der Schnur gezogenen Gänge, diese Gebüsche ohne Sträucher, diese Felsen ohne Ecken, diese Wasserfälle ohne Schaum haben einen Charakter von Vollendung, der

uns verdriest. Ueberall zeigt sich die Hand des Menschen, nirgends freie Willkür. Man sehnt sich nach einer minder gegängelten Natur, einer minder zugestutzten Landschaft, nach weniger Theaterdecoration, weniger Pastellgemälde, weniger Kunst und nach etwas mehr Nachlässigkeit, irgend einem Fehler, einer Vergessenheit, einer Lücke, nach einem sich selbst überlassenen Baum, einem nicht gepflegten Busch und wild gewachsenen Zweigen. Man spottet über die zugeschnittenen Eibenbäume von Versailles; ist dieser wie ein Teppich gebürstete Rasen etwa besser? Man schreit über Heiligthumschändung, wenn man nach der Schnur gezogene Eichenbuchen oder Linden sieht; haben diese abgezirkelten Rasenplätze mit ihren mathematischen Linien eine freiere Entwicklung? Und diese in Körben aufgestapelten Pflanzen, diese Felsen, die man mit großen Kosten dem nahen Walde entrissen und mit hydraulischem Kalk gemauert hat, diese mit Fußwegen versehenen Baumgänge und diese so vollendet ländlichen Brücken, kommen sie etwa der Natur näher, als die Gärten Le Notre's? Ich weiß es nicht, aber mir will es scheinen, daß, wenn Baron Haussmann das Boulogner Gehölz drei bis vier Jahre sich selbst überließe und seinen Gärtner und Feldmessern jeden Zugang untersage, so würde sein Werk dadurch wesentlich gewinnen. Der Versuch verlohrne der Mühe.“

Das Gehölz von Vincennes ist größtentheils derselben Behandlung unterworfen worden, wie das Gehölz von Boulogne. Hier ist es indessen den Ingenieuren, so große Mühe, sie sich auch gegeben haben, nicht möglich gewesen, das Schalten der Natur ganz zu unterdrücken. Hier findet man noch Waldeinsamkeit und große alte Bäume, an deren knorrigen Stämmen alle Kostetterie der modernen Gartenkunst gescheitert ist. In den Augen von Leuten, die an den Künsteleien einer sehr vorgeschrittenen Civilisation weniger Gefallen finden, als an dem großartigen Charakter der Einfachheit, steht das Gehölz von Vincennes weit höher als das Boulogner. Wer einen künstlerischen Sinn hat, der wird dem ersten ohne Zaudern den Vorzug geben und nur den einen Wunsch hegen, daß die Gartenbaukunstler der Stadt sich ganz von ihm zurückziehen mögen.

Auf den Höhen, welche Paris im Osten beherrschen und unter dem Namen der Hügel von Chaumont bekannt sind, baut man in diesem

Augenblick einen Garten in Terrassen. Die aus der Dhuhst abgeleiteten Gewässer werden hier einen Sammelpunkt finden. An ihren Ufern wird man einen kostlichen Schatten finden, und von den Hängen, die ebenso behandelt werden sollen, wie die des Monte Pincio in Rom, wird man eine ebenso weite Ansicht über Paris haben, wie von jenem Berge über die ewige Stadt. Der Gedanke ist vortrefflich und auch an seiner Ausführung läßt sich nicht das Mindeste aussetzen.

Fehlt es, wie wir gesehen haben, an Parks und Squares, so befürchtet Paris dagegen Baumgänge in großer Anzahl. Bald zieht sich mitten im Fahrweg eine Reihe Bäume hin, bald folgen zwei Reihen den Linien der Häuser. Auf mehreren der alten und neueren Boulevards findet man sogar vier bis fünf Baumreihen. Nicht einmal in Berlin sieht man einen ähnlichen Plan in so großen Verhältnissen ausgeführt. In Paris arbeitet man in dieser Beziehung so fleißig, daß die Stadt binnen 40 Jahren in ihrem Innern einen wahren Forst beherbergen wird. Auch die Quais sind bepflanzt worden und die an ihnen gelegenen Häuser werden bereits sehr gesucht. Der Baum, den man vorzugsweise anwendet, ist die Platane, die mehreren Städten Südsfrankreichs zum schönsten Schmuck gereicht. Auch die wilde Kastanie findet eine Verwendung, welche sie wegen ihrer schönen Blätter und Blüthen verdient, aber von Linden fehlt man nicht eine einzige. Diese Verbannung eines so schönen und möglichen Baumes ist unbegreiflich, denn nicht genug, daß die Linden rasch wächst, sich beträchtlich entwickelt, das höchste Alter erreicht, ohne Schaden beschädigt werden kann und ein gutes Nutzholt liefert, gewährt ihr dichtes Laubwerk einen wohlthuenden Schatten und ihre Blüthen verbreiten einen kostlichen Wohlgeruch. Schatten ist aber auch das einzige, was diese Baumgänge in den Straßen gewähren. Man wird in ihnen vom Staube blind und vom Rasseln der Wagen taub gemacht. Sie können die fehlenden Parks und Squares nicht ersetzen und an die Anlage solcher Erholungsorte sollte man noch denken. Vorschläge dazu macht die Revue Contemporaine in ihrem letzten Junihet.

satzung des eine halbe Stunde von Königgrätz gelegenen Städtchens Kulen von dort abgezogen war, wurden die Kanonen und auch eine im Sumpfe zurückgelassene Kasse von Civilleuten herausgezogen und in die Festung hineingeführt.

**Bayern.** Der Korrespondent der „Kölner Z.“ in Nürnberg schreibt unter dem 12. Aug.: „Die Fahne der Hohenzollern weht lustig auf den Thürmen der Burg von Nürnberg — wird sie dort bleiben, oder wird sie bald wieder durch bayerische oder gar durch eine andere ersetzt werden? Jeder Nürnberger fragt sich's wohl und viele hoffen auf das Erstere. Es kann in der That keinem Zweifel unterliegen, daß eine Annexion Nürnbergs's, Bayreuths mit den zugehörigen Landstrichen an der Bevölkerung der Städte und des flachen Landes nicht nur kein Hindernis finden, sondern von ihnen mit großer Zufriedenheit aufgenommen werden würde. Alte Erinnerungen an die preußische Herrschaft, die in den Rechtsverhältnissen zum Theil noch dauernde Denkmale hinterlassen hat, religiöse Sympathien und materielle Interessen, Abneigung gegen die Würzburger Regierung, mit der Nürnberg fast stets in Opposition gelebt hat, gefestigte allgemeine und politische Bildung und Einigkeit, als man sie in vielen anderen Theilen Bayerns findet, und die besonders jetzt davon überzeugt ist, daß Preußen allein der wahre Hirt Deutschlands sei, — alles das wirkt hier zusammen, um eine Preußen überaus günstige Stimmung hervorzurufen. Das dieselbe sich nicht in lauter Demonstrationen, Adressen &c. zeigt, ist in den Verhältnissen zu natürlich begründet; man braucht aber nur einen Blick in die meisten hier erscheinenden Blätter zu thun, um zu finden, nach welcher Seite hin sich die öffentliche Meinung neigt, und ein näheres Bekanntwerden mit den hiesigen Volkskreisen bestätigt, daß die Presse in diesem Falle nur der wahre, ja, vielleicht sogar aus Vorsicht etwas abgeschwächte Ausdruck der allgemein herrschenden Ansichten ist. Und wer sollte nicht, wenn er von der Burg aus das herrliche Frankenland überschaut, oder die Stadt, die Erzeugnisse der Kunst und blühenden Industrie bewundert, den Wunsch thelen, daß dieser in vielen Beziehungen so tüchtige Volksstamm auf's Engste mit Preußen verbunden werde? Ob dies freilich geschehen wird, darüber, wie über so viele andere Fragen der hohen Politik wird die nächste Zeit fälschlich Auffallung geben und die Zukunft lehren, ob das Richtige getroffen worden ist. Jedenfalls aber wird in Nürnberg stets eine nicht partiziparistische, sondern echt deutsche und deshalb zu Preußen hinreichende Gesinnung herrschen, und sollte es bei Bayern verbleiben, so wird von hier aus jeder Sonderbündeli gewiß stets kräftig entgegengetreten und auf die Annahme eines gesunden Verhältnisses zu Norddeutschland hingearbeitet werden.“

**Hannover.** 13. August. Auch die „Zeitung für Norddeutschland“ erklärt jetzt, der Plan, die Selbstständigkeit Hannovers durch Abdankung des Königs zu retten, sei als gescheitert zu betrachten, und ihr Artikel hat offenbar den Zweck, die Hannoveraner mit der Notwendigkeit zu befrieden.

**Hannover.** 15. August. Das Finanzministerium erläßt folgende Bekanntmachung:

Auf Befehl des königlich preußischen Civilkommisarius für Hannover, Freiherrn v. Hardenberg, wird hierdurch folgendes bekannt gemacht: Einige Tage vor Besetzung von Hannover durch die königlich preußischen Truppen sind aus den Beständen der Generalkasse bez. des Domänen-Ablösungs und Veräußerungs-Fonds außer einem baaren Geldbetrage von 1,743,897 Thlr. 9 Gr. 3 Pf., an vierzigjährigen Wertpapieren, „18,634,179 Thlr. 25 Gr. 5 Pf. (einmalig) 1,438,889 Thlr. (in Golde) und 800,000 Thl.“ ausgeführt und, wie ermittelt, nach England geschafft worden. Da diese dem Lande gehörigen Bezüge des Domänen Vermögens mit dem Lande unzertrennlich verbundenen Bestände bisher nicht zurückgeliefert worden sind, so ist zur Sicherstellung der Vermögensrechte des Landes Veranlassung getroffen, daß auf die unter den obigen Wertpapieren sich befindenden, auf jeden Subjekten (au porteur) lautenden hannoverschen Staatspapiere, wie solche in der nachfolgenden Nachweisung speciell verzeichnet stehen, bis auf Weiteres weder Binszab-

lungen, noch Rückzahlungen an Kapital erfolgen. Zugleich wird bemerkt, daß bezüglich der unter obigen Summen befindlichen vorgenannten Staatsobligationen zw. demnächst das gerichtliche Verfahren eingeleitet werden wird. Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht und das Publikum in seinem Interesse vor dem Anfang der gedachten Papiere gewarnt. Es ist daneben selbstverständlich, daß alle sonstigen Schuldner der Generalfasse und des Domänen-Ablösungs- und Veräußerungs-Fonds mit rechtsgeschäftlicher Kraft Baulungen nur an das jetzige Finanzministerium herleisten können. Hannover, den 11. August 1866. Der Finanzminister. Im Auftrage: Der General-Sekretär v. Seebach.

Gleichzeitig ist das Verzeichnis der betreffenden Wertpapiere veröffentlicht worden.

**Hannover.** 16. Aug. In der nächsten Woche wird hier der Besuch des Kronprinzen von Preußen mit Bestimmtheit erwartet. (V. B. Z.)

**Harburg.** 13. August. („Wes. Ztg.“) Wie es scheint, soll unsere Stadt für die Folge mit einer grösseren Truppenzahl wie bisher belegt werden. Heute Abend traf ein Bataillon des 33. Regiments von Böhmen hier ein und wurde bei den Bürgern mit der Bestimmung längeren Verblebens einquartiert. Morgen wird ein Bataillon der 35. Regiments eintreffen, welches die in Stade liegenden Kompanien des 20. Landwehr-Regiments ablösen soll; letzteres geht mit der hier liegenden Kompanie in den nächsten Tagen nach Celle.

**Sachsen.** Leipzig, 15. August. In einer Separatbeilage bringt die heutige „Leipziger Zeitung“ die offizielle Verlustliste der königlich sächsischen Armee. Es ergibt sich hiernach eine Gesamtsumme von 81 Offizieren und 2095 Unteroffizieren und Mannschaften, von denen 27 Offiziere, 238 Soldaten tot, 53 Offiziere, 1249 Soldaten verwundet, der Rest vermisst sind. Da die sächsische Armee, von den Reserven, Depots und Nonkombattanten abgesehen, in einem Effektivstande von ca. 30,000 Mann stehender Mannschaft mit etwa 600 Offizieren in den gegenwärtigen Krieg gerückt ist, so ergibt sich mithin ein Verlust von etwa 14 Prozent an Offizieren und 7 1/2 Prozent an Mannschaften.

**Werdau,** Königreich Sachsen, 13. August. [Zur Situation.] Es darf kaum bezweifelt werden, daß wenn Graf v. Bismarck den ernstlichen Willen haben wird, zu verkünden, Deutschland solle einen „Johann ohne Land“ mehr besitzen, er damit dem grössten Theile der Bewohner des sächsischen Königreichs keine blutigen Thränen aussprechen werde. In Löbau und Bautzen ist die Stimmung eine der Annexion entschieden günstige, wenngleich dahin gehend Kundgebungen nicht hervortreten, da das Volk von den massenhaften sächsischen Beamten in der Darthnung solcher Ansichten entschieden zurückgehalten wird. Sogar in Dresden äußert sich diese Ansicht vielfältig, obwohl nicht von uns bestritten werden soll, daß in den öffentlichen Lokalen einzelne Stimmen für die Beibehaltung des jämmerlichen deutschen Missere laut werden.

Glauben Sie nicht, daß man hier in den öffentlichen Lokalen die Politik von der Tagesordnung gestrichen habe — man spricht — was man deut — und wird in Löbau und in Bautzen daran von der preußischen Besetzung (diese Orte besitzen je eine Kompanie des zweiten Landwehrregiments als Besatzung) nicht gehindert. In Leipzig ist man entschieden preußisch.

Die öffentlichen Blätter und sogar die Lokalblätter erörtern die politische Lage unumwunden. So sagt das „Zwickauer Tageblatt“ vom 10. d. Wts. in dem Leitartikel „Wessen bedarf Ostreich?“ Folgendes: Ostreich muß sich mit allem Ernst emporraffen, muß vor Allem an die Reinigung des großen Auguststalles ernstlich denken, denn im Staate Ostreich ist ungemein viel faul. Wenn früher gesagt wurde, Ostreich sei innerlich viel zu schwach, um dem ganzen übrigen Deutschland furchtbar zu werden, da vernahm man wohl häufig genug Ausdrücke einer wirklichen oder vorgeblichen Furcht vor der Übermacht dieses Staates. Aus dem Munde der nämlichen Leute hört man heute bloß Spott über die Schwäche derselben; bald geht man mit den Bundesstaaten, bald gegen

**Hessen.** Mainz, 13. Aug. Nach einer Reihe vorliegender Thatsachen zu schließen, werden die bürgerlichen und politischen Verhältnisse der Stadt für die nächste Zukunft unverändert bleiben und die militärischen in der Weise geregelt werden, daß Verwaltungs- und Besetzungsrecht zwis-

sie, bald mit Preußen, bald wider dieses. So schwanzt die österreichische Politik, während Preußen sich klar ist in seinen Zielen und mit allen Mitteln stets dieselben erstrebt.

Die „Dresdener Constitutionelle Zeitung“ steht ganz auf Seite Preußens. Sie sagt nach Anführung der „Wiener Presse“, welche für die Intervention Napoleons auf die Krone fällt, man sieht, wie man dem Kaiser hier die stärksten Salze unter die Nase hält, um ihn gegen Preußen in Garnison zu bringen. Daß das indeß gelinge, scheint zweifelhaft. Allm. Anschein nach will sich der Napoleonismus mit Preußen in dieselbe Verbindung bringen, wie zu England &c. — Preußen hat sich als lebensfähiger, durch und durch gesunder Volksstaat gezeigt, er hat sich und den deutschen Namen in Respekt gezeigt, so sehr in Respekt gezeigt, daß doch endlich auch dem deutschen Süden die Augen aufgehen und derselbe einzusehen beginnt, daß das Heil und die Ehre Deutschlands doch nur im preußischen Lager zu finden ist.

Weit mehr noch tritt die Leipziger „Deutsche Allgemeine Zeitung“ für Preußen ein und Ihre Landsleute werden hoch erfreut sein, zählte ich Ihnen alle die Neuerungen auf, welche ich über Preußen höre auf der Bahn, im Gasthofe, in den Bierstuben &c. &c.

Es haben die preußischen Staatsleiter Großes bereits vollbracht; möchten sie, das ist der Wunsch hier, den heiß ersehnten Anschluß unseres Landes an Preußen herbeiführen.

**Württemberg.** Stuttgart, 13. August. Wie der „Schw. M.“ vernimmt, hat der Ausschuß des württembergischen Handelsvereins in seiner Sitzung vom 6. August den einstimmigen Beschluß gefasst, gegen die königliche Regierung in einer Eingabe an das königliche Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die Überzeugung auszusprechen, „daß die materiellen Interessen Süddeutschlands durch Aufhebung oder auch nur zeitweise Sistirung des Zollverbandes aufs Tiefe verlegt würden“, und die dringende Bitte damit zu verbinden: „Königliches Ministerium möge Alles aufstellen, um den freien Güterverkehr in den seitherigen Zollvereinstaaten aufrecht zu erhalten.“

— Prinz Alexander von Hessen, befindet sich in Cannstatt, wofür er dem Vernehmen nach für einige Zeit seinen Wohnsitz zu nehmen gedacht. Das Hauptquartier der württembergischen Felddivision befand sich gestern in Schorndorf und wird heute in Bergzweig, wiedem auch sämtliche württembergische Truppen morgen und übermorgen wieder in ihre Garnisonen einrücken und nach einer am Donnerstag vor dem König stattfindenden Revue größere Beurlaubungen eintreten werden.

**Baden.** Mannheim, 14. August. Der Durchmarsch der grossherzoglich hessischen Division, welche nach Rheinhessen gelegt wird, hat gestern begonnen.

**Hamburg.** 15. August. Entsprechend dem von den Kronprinzen von Preußen königl. Hoh. unter dem 3. d. M. aus Brünn erlassenen Aufrufe zur Gründung einer „Allgemeinen National-Invaliden-Stiftung“, hat sich hier sofort ein aus einer grossen Anzahl Bürger zusammengetretenes Komité gebildet, um zu dem obigen Zwecke die stets bewährte Opferwilligkeit Hamburgs für grosse und edle Zwecke in Ausspruch zu nehmen. Nachdem, auf gestelltes Anfitten, der Konul Schön den Vorsitz und die ganze Leitung dieser nationalen Sache übernommen hat, darf man sich versichert halten, daß seiner vielfach bewährten, umsichtigen und einschneidigen Würsamkeit der erwünschte Erfolg nicht fehlen und Hamburg sich, seinen Verhältnissen entsprechend, den ihm gebührnden Platz unter den Spendenden sichern wird.

**Hessen.** Mainz, 13. Aug. Nach einer Reihe vorliegender Thatsachen zu schließen, werden die bürgerlichen und politischen Verhältnisse der Stadt für die nächste Zukunft unverändert bleiben und die militärischen in der Weise geregelt werden, daß Verwaltungs- und Besetzungsrecht zwis-

vulver; man reinigt Gefäße, Gerätschaften &c. welche mit stark- und sibel-reichenden Stoffen beschmiert sind, durch Ausgießen mit Kohlenpulver; man filtrirt Abelreiche, fauliges oder irgendwie sonst verunreinigtes Wasser durch die Kohle; man braucht die Kohle zum Befreien des Spiritus von seinem Fuselöl; man braucht sie zum Entfärben von mancherlei Flüssigkeiten, z. B. beim Raffinieren des Suckers u. s. w.

Die desinfizierenden, d. h. alle die genannten Stoffe auffangenden Eigen-

schäfte bestehen in noch ungleich höherem Grade als die Holzfäule die thierische Fäule. Ihre Verwendungen sind daher für die genannten Zwecke namentlich von umfassendster Bedeutung.

Die rohe thierische Kohle, welche auch unter den Namen: gebranntes Elfenbein, Knochenkohle, animalische Kohle und Beinschwarz bekannt ist, erscheint in den billigen, kästlichen Sorten meistens bereits „trotz“, d. h. zur Buckerraffinerie oder für sonst irgendwelche Zwecke bereits gebraucht, wieder getrocknet und gemahlen. Sie ist daher dann nur noch zur Bereitung von Schwefelkohle oder für ähnliche Zwecke zu verwenden, indem sie keine Absorptionskraft mehr hat.

Um sich eine gereinigte thierische Kohle selbst zu bereiten verfährt man in folgender Weise: In einem porzellanen Gefäße wird eine Portion von diesem rohen Beinschwarz mit siedendem Wasser zum dünnen Brei angerührt

dann draußen im Freien, soviel rohe Salzsäure darunter gemischt, bis der Kohlenbrei blaues Lackmuspapier sofort röthet. Nachdem das Gemisch einen Tag lang gestanden, röhrt man eine große Wenge Wasser hinzu, läßt dann wieder still stehen und, nachdem die Kohle sich abgesetzt hat, gießt man die klare Flüssigkeit ab. Dies Bernischen mit Salzsäure wiederholt man noch ein- bis zweimal, bis man zuletzt die Kohle durch ein großes Tuch absieht, dann noch fleißig durch mehrmaliges Darübergießen von reinem Wasser auswäscht und schließlich in der Wärme trocknet. Diese, dann zu seinem Pulver zerriebene Kohle schüttet man sogleich in weithalige Flaschen, welche mit dichten Korkstopfen gut verschlossen werden müssen, damit sie keine Feuchtigkeit, Gase &c. anziehen. Sie besitzt alle reinigende, faulnisswidrigen, aufzaugenden und desinfizierenden Eigenschaften in sehr hohem Grade, und das Verfahren ihrer Reinigung, welches man bei anderen gröberen, namentlich Holzkohlen, durch Glühen bewerkstelligt, nennt man das „Wiederbelebender Kohle.“

Nach diesen beiden grössten Kohlenarten kommen nun noch eine Anzahl feinerer in Betracht. Bei der Holzkohle unterscheidet man noch wohl Lindenholzkohle, Pappelholzkohle (die sogenannte Carbo de Belloc) und andere, allein sie sind im Wesentlichen nicht von einander verschieden.

Auch die Brotkohle gehört hierher, welche in der Weise bereitet wird, daß man Brot in Scheiben zerhneidet, scharf trocknet und in Kaffeetrommeln oder bedeckten eisernen Töpfen zu Kohle brennt. Die Brotkohle, sowie auch die beiden so eben genannten Holzkohlenarten verwendet man bekanntlich vorzugsweise gern zu Bahnputzern.

Als eine andere Kohlenart hat man nun aber die Blutlaugenkohle, welche nach Hager in der Weise bereitet wird: „daß man 5 Theile frisches Blut mit 1 Theil Pottasche in einem eisernen Gefäße zur Trockenheit ein-dampft, den Rückstand in einem bis auf eine kleine Öffnung verschlossenen Tiegel rohhalbend erbält, so lange Dämpfe daraus entweichen und die Kohle nach dem Erkalten zuerst gebörig mit Wasser, dann mit verdünnter Salzsäure und wieder mit Wasser, wie bei der gereinigten thierischen Kohle angegeben ist, behandelt.“ Diese Blutlaugenkohle besitzt namentlich ein sehr hohes Entfärbungsvermögen; wenn das der Holzkohle = 1 angenommen wird, so ist das der Knochenkohle ungefähr = 5 und das der Blutlaugenkohle mindestens = 30.

Außer den bisher erwähnten Eigenschaften aller dieser Kohlen besitzen sie auch noch die, daß sie Metalloxyde, nicht blos durch Glühen, zu Metallen reduciren, sondern sie auch aus ihren Auflösungen, wenn diese neutral und nicht zu konzentriert sind, niederschlagen. Und in gleicher Weise werden durch die Kohlen auch noch viele andere Stoffe: Alkalioide, bittere Pflanzenstoffe, Gerbstoff u. s. w. aus ihren Auflösungen gefällt. In dieser ihrer Eigen-

schaft ist nun wohl die Anwendung von Koblenzulver als Gegengift, namentlich bei Unfallshäuten mit mancherlei Pflanzenzäpfen, begründet.

Unbeküft hatte sich seit urralten Zeiten auch die Volksbeikunde, vor-nämlich der thierischen Kohle bemächtigt. So brauchte man zu Kohle gebrannte Maulwürfe, gegen Epilepsie und andere schwere Leiden, zu Kohle gebrannte Schwablen, gebrannte Schuhsohlen, Seidenkohle u. s. w., und so braucht man noch heutzutage in der Medicin mit erfreulichen Erfolgen das Pulver von namentlich thierischer Kohle bei Krebs- und anderen Leiden und sogar mit Fett zusammen als Salbe bei strofößen Geschwüren u. s. w. Als sehr wirksames Mittel gegen Halsanschwellungen, Krampf &c. ist hier und da noch die Schwammkohle in Gebrauch. Sie dankt ihre Anwendung indem sie ihrem Gehalte an Sod und dient daher, seitdem dieses seinen Platz als Arzneimittel eingenommen hat, hauptsächlich nur noch in der Volksbeikundelung. Ungleicher wichtiger dagegen ist die Anwendung des feinsten gereinigten Holzkohlenpulvers in der Wundärztei. Hier, besonders bei alten, eiternden Wunden, hat sie sich auch namentlich bei Gelegenheit des soeben, Gott sei Dank, beendeten Krieges außerordentlich nutzbar und wohltätig erwiesen.

Einige wichtige Verwendungen der Kohle in der Häuslichkeit sind folgende: Wenn im Herbst, bei ungünstiger Witterung, die Wurzelgemüse nicht nach Wunsch trocken gelegt werden können, so läßt sich der drohende Fäulnis der selben meistens dadurch sehr gut vorbeugen, daß man unter das Aufbewahrungsmaterial: Sand, Chausseestaub oder dergleichen möglichst viel frisch ausgesäuerte und in etwa nussarose Stücke zerstoßene Holzkohlen mischt. Wenn Rüben oder anderes Gemüse einen widerlichen Beigeschmack zeigen, so läßt sich derselbe meistens recht gut entfernen, wenn während des Kochens ein frisch ausgesäuelter Kohlen hinzugefügt und zeitig abgedämpft werden. In dieser Weise können die Rüben für Grüne &c. benutzt werden. Die hauptsächlichste Nutzbarkeit der Kohle im Haushalt besteht jedoch in der Reinigung des Trinkwassers mit ihrer Hülle. Durch die Habil-keit, mancherlei Stoffe, gleichviel thierischen, pflanzlichen oder mineralischen Ursprungs, gleichviel im tropfbaulichen oder lufttrocknenden Zustande, auszufließen und in ihren Poren festzuhalten, vermag sie das Wasser von allen überflüssigen, unnötigen und ungeliebten Bestandteilen zu reinigen — d. h. zu desinfizieren und also eigentlich erst in brauchbares Trinkwasser zu verwandeln.

Es ist bekannt, daß in manchen Gegenden das zum Trinken resp. Kochen einzige vorhandene Wasser so vielerlei schädliche, mindestens widerliche Beimischungen enthält, so daß es schlechterdings ohne Nachteil für die Gesundheit nicht benutzt werden darf oder doch nicht in den Gebrauch gezogen werden sollte. Nicht minder bekannt ist es, daß man zur Reinigung solchen Wassers bereits seit alten Zeiten dasselbe durch Sand und Kohle zu filtern pflegte. Dies letztere Verfahren hat nun seit einigen Jahren dadurch einen ungemein vortheilhaften, gleichsam rationellen Aufschwung gewonnen, daß man für diesen Zweck eigene Apparate aus Kohle hergestellt hat.

In Acht zu halten ist, daß in der von der grausigen Krankheit bedrohten Gegenwart, nächst der gewissenhaftesten Desinfektion der Extremante, für unsern wirthsamen, sicheren Schutz nichts so wichtig ist, als eine nicht minder sorgfame Reinigung alles Trink- und Kochwassers, wandle ich mich an die „Fabrik plastischer Kohle in Berlin“ von Lorentz et. Bette, Engelkufer Nr. 151 und kann meinen Lesern über die von dort erhaltenen Kohlen-Filtrirapparate mittheilen, daß ich sie für durchaus zweckentsprechend erachte. Ich schließe daher die Beleuchtung der Kohle nach dem ganzen Umfange ihres Wertes für die Haushirtschaft mit dem aufrichtigen Wunsche, daß die manngfachen verschiedenenartigsten Anforderungen durchaus entsprechenden Kohlen-Filtrirapparate möglichst allgemeinen Eingang in alle Häuslichkeit finden mögten.

schen Preußen und Bayern als Vormacht des Südens nach dem Verhältnis des Territorialbesitzes geregelt und beiden Mächten überlassen wird, den übrigen Staaten entsprechende Mitwirkung zuzugestehen. Dieses jedoch unbeschadet der streng durchzuführenden einheitlichen Leitung aller Angelegenheiten des wichtigen Platzes. Die Unterverwaltungen werden reorganisiert und wahrscheinlich geschäftstüchtigen Leitern aus dem Bürgertum untergeben werden; wenigstens scheint dieses bayerischerseits beabsichtigt zu sein, während der preußische Anteil der Verwaltung an dessen anerkannt geschäftstüchtige Beamte kommen wird. Die Inventarisierung des Besitzungsgegenstands ist theilweise bereits im Gange, die Übernahme soll in den nächsten Tagen erfolgen. Als Beginn der neuen Ordnung wird der 1. September bezeichnet. (Fr. J.)

— Aus Darmstadt vom 15. August wird dem „Frank. Journal“ geschrieben: „Es wird in zuverlässigster Weise versichert, daß die Provinz über hessen unserm Lande erhalten bleiben soll. Ein Ministerbeamter ist heute bereits nach Gießen abgereist.“

In Beziehung auf diese Provinz wäre also die Hürsprache Russlands schließlich durchgedrungen. Der Großherzog von Darmstadt soll sich geweigert haben, in einen Austausch Oberhessens gegen süddeutsches Gebiet zu willigen. Da die Provinz durchaus in den „norddeutschen Bund“ hineinragt, so wird der Großherzog nothwendig, wenn nicht auf jede Kontinuität verzichtet werden soll, für diesen Landesteil dem Bunde beitreten müssen. (Nat. B.)

**Aus Kurhessen.** 13. August. Mit Rücksicht auf den am 20. d. M. bevorstehenden Geburtstag des Kurfürsten ist von dem Generalgouverneur des Kurfürstentums, General-Lientenant v. Werder, und dem Administrator des Kurstaates, Geh. Regierungsrath v. Möller, unter dem 9. d. M. folgende Weisung erlassen worden: „Da zu besorgen steht, daß die öffentliche Feier des Geburtstages Sr. K. H. des Kurfürsten unter den obwaltenden Verhältnissen zur Erregung von Unfrieden im Lande führen würde, so wird eine solche öffentliche Feier hierdurch untersagt, und sind die betreffenden Behörden danach mit der geeigneten Anweisung zu versehen. Auch die Behörden selbst haben von dem Geburtstage keine Notiz zu nehmen.“

**Mecklenburg.** Von der deutschen Ostküste, 12. August. Wahrlich, der Spruch: „Difficile est satiram non scribere“, tritt niemals mehr in sein Recht, als wenn man genötigt ist, über die grenzenlose Unbrauchbarkeit unserer kleinstaatlichen Militärverhältnisse zu schreiben. Da ist z. B. das große Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz, welches in seinem Gesamtgebiete zwar noch nicht volle 100,000 Einwohner zählt, trotzdem aber ein besonderes Ministerium des Auswärtigen, eigene Gesandte, Konsulate und natürlich auch ein eigenes Bundeskontingent in der Stärke von einem ganzen Bataillon besitzt. Da nun in Folge der Bundesabstimmung von Mecklenburg-Schwerin der blinde Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, eigentlich gegen seine innere Neigung, denn er soll sehr starke österreichische Sympathien hegen, gezwungen wurde, auch seine Heeresmacht der Krone Preußen zur Verfügung zu stellen, so ward mit absichtlichem Zaudern zuletzt auch zu deren Mobilmachung geschritten. Jetzt endlich nach acht Wochen, wo der Krieg inzwischen beendet und Preußens Heere die Armeen von Westreich und sämtlicher deutschen Königreiche vollständig besiegt haben, wird von Strelitz aus gemeldet, daß diese Mobilmachung nun bereits ihrer Vollendung nahe sei. Besonders die Anschaffung von 800 Württembergern soll eine Verzögerung von einigen Wochen verursacht haben. Und solche Militärzustände wünscht eine gewisse Partei auch fernerhin noch bestehen zu lassen; mit derartigen Bundeskontingenten, die in acht Wochen kaum ein einziges Bataillon zum Ausmarsch zu bringen vermögen, will man den starken, konzentrierten, über riesige Kräfte aller Art gebietenden Armeen unser Nachbarn im Westen wie Osten, Frankreich wie Russland entgegentreten?

**Nassau.** Wiesbaden, 13. August. Gestern Nachmittag fand in Dies an der Lahn eine Versammlung der Vertrauensmänner und der bisherigen Abgeordneten der liberalen Partei von Nassau statt. Dieselbe war aus allen Theilen des Landes zahlreich besucht, mit Ausnahme der nur spärlich vertretenen, am nordwestlichen Abbau des Westerwaldes gelegenen, vormaligen kurtrierischen Aemter, welche unter klerikalem Einfluß stehen. Man war zusammen gekommen, um die Lage des Landes gegenüber den großen Ereignissen der jüngsten Vergangenheit zu berathen.

Bunzlau referierte Lang über die Verhandlungen des Nationalvereins-Ausschusses in Braunschweig und Berlin und über die Auffassung, welche bei der liberalen Partei des preußischen Abgeordnetenhauses herrsche. Er sprach sich im Sinne des neuesten Manifests des Nationalvereins über das Verhältnis zum Süden aus. Er war der Meinung, Nassau werde in Preußen einverlebt werden, aber man sollte nicht weiter darum petitionieren, sondern eine etwas reservirte Stellung einnehmen, damit nicht die preußischen Junker aus der Agitation politisches Kapital machen könnten. Dr. Braun warf einen Rückblick auf die Geschichte Nassau's und anderer Kleinstaaten während der letzten 15 Jahre und wies nach, wie jede politische Freiheit eine widerußische Gnade, und jede Reform auf wirtschaftlichem Gebiete, z. B. in Böllvereins-, Eisenbahns-, Post- und anderen Angelegenheiten, verhindert, erschwert und verzögert bliebe, so lange es an einer parlamentarischen und centralisierten Gesamtverfassung fehle und die Buergerstaaten in ihrer verbündeten Selbstüberhöhung fortbestehe; die nationale Partei in Nassau habe oft und laut genug gehaucht und gewarnt; man habe nicht darauf gehört und sich ins Verderben gestürzt; jetzt sei es Pflicht und Schuldigkeit, sich rückhaltslos für die Einheit, sei es auch ohne Württemberg, Bayern u. s. w. welche man später noch zulassen könnte, auszu sprechen, inneren Hader zu vertagen und in Sachen der Einheit auf Preußen zu vertrauen, denn die Frage der Einheit sei zugleich die Frage der Existenz Preußens; durch eine solche Haltung werde man auch die Einigung des Auslandes abwehren, welche gegenwärtig von der Buergerstaaterei scheine angerufen zu werden. Auch die übrigen Redner: Scholz (Wiesbaden), Leisler (Wiesbaden), Belde (Diez), Rath (Weilburg), sprachen sich in ähnlicher Sinne für die Einverleibung Nassau's in Preußen aus. Knapi und König bedauerten das Los der nassauischen Soldaten, welche ohne Ziel und Zweck im Süden herumgeführt, am Ende gar nach Westreich geschleppt würden, und wünschten, daß in irgend einer Weise für Rückkehr derfelben in die Heimat gewirkt werde. Schließlich einigte man sich einstimmig dahin, einen Ausschuß niederzusetzen, welcher, der veränderten Lage der Dinge entsprechend, unter der Voraussetzung der Einverleibung des Landes Nassau in Preußen das am 1. März 1863 aufgestellte und durch drei Plenariauflösungen hindurch siegreich verfochtene Programm der liberalen Partei in Nassau umzuarbeiten, die Organisation für die Parlaments- und Landtagswahlen zu leiten und zugleich Mittel und Wege aufzufinden, um die Rückkehr unserer Truppen zu bewirken. In den Ausschuß wurden gewählt Dilthey (Mündheim), Born (Vad-Ems), Braun, Lang und Scholz (Wiesbaden), mit der Befugnis, sich durch Kooperation der Vertrauensmänner der einzelnen Distrikte zu ergänzen.

Wiesbaden, 14. August. Die Gemeindebehörde von Diez, der gewerbreichsten Stadt an der Lahn, hat heute durch eine Deputation, an deren Spitze der Bürgermeister steht, dem königlich preußischen Civil-Gouverneur für Nassau eine Adresse um gänzliche Einverleibung der nassauischen Lande in die preußische Monarchie überreicht. Die Herzogin von Nassau, welche sich mit ihren drei Kindern noch in Biberich aufhält, natürlich ohne Regierungs- oder sonstige Funktionen zu üben, hat die von wenigen „conservativen“ Bürgern Wiesbadens überreichte Adresse um Frieden mit Preußen und Rückkehr des Herzogs an den letzten zu überschicken verweigert; der Herzog versteht das selbst am besten, auch verhalte es sich mit den Siegen Preußens durchaus nicht so, wie es die Zeitungen

schrieben, ein Umschwung stehe nahe bevor. Sie hat dem preußischen Obersten Audienz verweigert und eine ihr angetragene preußische Ehrenwache rufusirt. Die nassauischen Truppen stehen nach den zuletzt hier eingetroffenen Nachrichten zwischen Nördlingen und Ulm. Sie haben in der letzten Zeit keine Löhne mehr erhalten. Ebenso wenig das Depot, welches in Mainz liegt.

### Schleswig-Holstein.

Altona, 14. August. Wie der „Merkur“ erfährt, ist neben den Adressen, welche die Einverleibung der Herzogthümer in Preußen wünschen, hier eine Adresse in Umlauf, welche sich speziell mit dem Schleswig-Holstens besetzt und die Vereinigung derselben mit Hamburg erbittet.

### Großbritannien und Irland.

London, 16. August. Das Reutersche Bureau hält an seiner Behauptung fest, daß in einer französischen Note die Grenzberichtigungsforderung aufgestellt sei, und daß die preußische Regierung in einer vom Grafen Goltz übergebenen Note ablehnend darauf geantwortet habe. Der Kaiser soll alsdann entgegnet haben, die öffentliche Meinung in Frankreich habe ihn zu der Forderung bestimmt, indem verkenne er nicht das Gewicht der Gründe, welche Preußen zur Abweisung derselben bestimmten. Die guten Beziehungen zu Preußen würden jedenfalls erhalten werden, indem der Kaiser hoffe, daß Preußen nicht über die Mainline hinausgehen werde.

### Frankreich.

Paris, 14. August. Nach dem Beispiel des „Moniteur“ stimmen heute auch die halbamtl. Blätter einen ganz andern Ton an. Das „Pays“ geht sogar so weit, zu behaupten, der Kaiser habe niemals seine persönliche Ansprüche den moralischen Sieg verringern wollen, den seine Ideen und seine Grundsätze im Triumph Preußens gefeiert haben: Wenn dieses aber, „durch sein Billigkeitsgefühl veranlaßt“, dem Kaiser „eine Entchädigung oder sonst Bürgschaft anzubieten geneigt wäre, so würde dieser ihm Dank wissen“. Die bekannten Gerüchte dementirt das „Pays“ unbedingt. Hiermit wäre also der Charakter des weiteren Gangs der französisch-preußischen Unterhandlungen gekennzeichnet. Man versichert, der Kaiser bereue es, daß er sich zu einem Schritte bestimmten ließ, der ihm und Preußen nur Verlegenheiten zu bereiten geeignet war, ohne alle Möglichkeit eines befriedigenden Ausgangs. Er hat auch sofort die nötigen Weisungen ertheilt, und Graf v. d. Goltz erhielt von Herrn Drouyn de Lhuys die beruhigendsten Erläuterungen. Auch wird die Antwort auf die Note des Berliner Cabinets, die Herr Benedetti zu überreichen den Auftrag hat, den weiteren Besprechungen der beiden Regierungen alle Bitterkeit benehmen. Diese Wendung bedeutet einen Sieg der Richtung, die in Benedetti ihren beredtesten Vertreter findet. Der französische Gesandte am preußischen Hofe hat sich bei dieser Gelegenheit um Frankreich wie um Deutschland verdient gemacht, indem er, einer allgemeinen und um so gefährlicheren Strömung entgegenarbeitend, die französische Regierung von einer Bahn abzubringen sich bemühte, welche diese nur sowohl zum eigenen wie zum Unheile von ganz Europa betreten konnte. Benedetti, der ein eifriger Anhänger des dauernden Freundschaftsbündnisses mit Preußen ist, hat in den jüngsten Tagen entschieden an Terrain gewonnen. Man kann sagen, daß die Majorität der Minister sich gegenwärtig demselben geneigt zeigt. An die Erhaltung des Friedensknüpfen sich so viele der wichtigsten Interessen, daß man der Wahrheit, Frankreich habe nie eine Angriffs-Politik von Deutschland zu befürchten, nicht lange verschlossen bleiben wird. (Köln. B.)

### Rußland und Polen.

**Aus Warschau,** 13. August. Das Projekt, einen Theil der Domänen und Kronwaldungen zu verkaufen, scheint ganz aufgegeben zu sein und die Waldungen werden einer noch regelmäßigeren Kontrolle und Bewirtschaftung unterstellt sein, als bisher. Nach einem Uta vom 26. Juli werden die Haupthäuser durch fünf Jahre, also bis 1. August 1871, die Überschüsse nicht mehr nach Petersburg, sondern an die hiesige General-Steuerkasse abführen, um im Lande zur Erhebung der allgemeinen Wohlfahrt verwendet zu werden, z. B. zum Unterrichtswesen, zur Vermehrung und Verbesserung der Kommunikationsmittel und anderen gemeinnützigen Zwecken. Man will dadurch dem Lande aufhelfen, daß man durch fünf Jahre vorläufig sämtliche Einkünfte demselben beläßt und erst nach Ablauf dieser Frist, wenn der Wohlstand sich gehoben, mit Rückerstattung der aus der General-Steuerkasse erhaltenen Vorschüsse ansängt.

Wie man sich überzeugt, hat die Regierung dadurch, daß sie die Pfarrländereien eingezogen und die Geistlichen fixirt hat, kein sonderlich Geschäft gemacht und muß bedeutend aus der Staatskasse zuschieben, da das Land im Augenblick im Königreich noch nicht so hoch im Preise ist, daß die Lösungen aus dem Verkaufe der eingezogenen Wiedniwsländerien die an die Geistlichen zu zahlenden Fixa decken. Man hat deshalb auch die Verkäufe einstweilen sistirt und werden die noch nicht verkauften Pfarrhäuser und Wiesen nicht weiter zum Verkauf, sondern nur zur Verpachtung gestellt.

Vor kurzem sind wieder mehrere Verhaftungen vorgekommen; wie man sagt, soll eine Denunciation von Paris aus die Beranlassung dazu sein.

Aus der Verbaumung schreiten am 3. d. M. wieder zwölf Amnestie hierher zurück.

**Aus der polnischen Grenze,** 12. August. Unsere Weichsel-schiffahrt leidet in diesem Jahre fortwährend unter dem geringen Getreide-Export aus Polen, der sich leider noch immer nicht hebt. Während im vorigen Jahre um diese Zeit bereits mehr als 1800 Kähne mit Getreide aus Polen eingegangen waren, sind es in dem gleichen Zeitraum d. J. noch nicht 600 geworden. Ein Bahnbilanziehung, das deutlich genug spricht. Es ist notorisch, daß die Geschäftsstoffe in den Grenzgegenden, sowie in Polen selbst, nicht allein von den allgemein ungünstigen, durch die politische Lage verhängten Handelsverhältnissen herrühren, sondern vorzugsweise von der Unsicherheit und Unbeweglichkeit des Getreidegeschäfts, unter der der Kaufmann ebenso wie der geringste Arbeitssmann gleichmäßig leidet. So verschlechtert sich z. B., wie die Konten der Kolonialwarenhändler empfindlich merken, zusehends die Vermögensverhältnisse der Oderkahnfischer, deren Haupterwerb eben der Getreidetransport von Polen Stromab nach Danzig und Stettin ist, und die in diesem Jahre mit einem zweiten Feinde, dem sehr niedrigen Wasserstande der Weichsel, zu kämpfen haben. Bietet sich ihnen wirklich einmal eine vortheilhafte Fracht, so müssen sie sich, um geringen Tiefgang zu beobalten, mit ihrer Ladung so einschränken, daß sie schließlich ohne nennenswerten Verdienst fahren. An eine Regulirung der Weichsel, diefer Hauptlebensader für den Handel von der Ostsee nach Polen und Russland, ist ja bisher kaum gedacht worden, und doch verandert das Bett immer mehr, der Strom verbreitert sich von Jahr zu Jahr, und die Aufgabe einer durchgreifenden Regulirung des Strombettes nimmt immer rießige Dimensionen an. — Der Gründe, die für den geringen Getreide-Export aus Polen anzugeben sind, sind mehrere. Einmal sind die Getreidepreise in Polen selbst in Folge erhöhten Bedarfs noch immer unverhältnismäßig hoch, es wird noch immer Getreide aus den Weichselstädten, z. B. aus Bydgoszcz, Stromauf nach Warschau verschifft, zum Andern hindert die hohe Agiotage jedes größere Geschäft. Der Edelmann zögert bei dem gegenwärtigen Stande des polnischen Geldes so lange als irgend möglich mit dem Verkauf seines Getreides oder fordert Preise, die der Kaufmann nicht bewilligen kann, da er nicht weiß, wie lange die Entwertung des polnischen Bautea noch andauern kann. In Folge dessen sind von dem diesjährigen Getreide, obgleich dasselbe gut eingebracht und transportfähig ist, bisher nur geringe Quantitäten zum Markt gekommen, und könnte höchstens im Herbst d. J. hierin eine Rendition eintreten. — Beim Holzhandel liegen die Verhältnisse ähnlich. Es ist zwar in der ersten Hälfte dieses Jahres bis jetzt eine größere Anzahl von Holzflößen nach Danzig und Stettin gegangen, als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs, der Grund hierfür ist aber nicht in der Binnahme des Geschäfts, vielmehr darin zu suchen, daß bei der mit dem 1. Juli v. J. dieses eingetretenen Bollfreizeit für Holz die meisten Kaufleute erst in der 2. Hälfte v. J. den Transport ihrer Hölzer bewirten, und daß in diesem Jahre die Stromschiffahrt ausnahmsweise früh begann. Im Allgemeinen ist eine Abnahme des Holzgeschäfts gegen das Vorjahr, welches auch schon nicht günstig war, zu konstatiren, und von den nach Danzig gegen genannten Hölzern ist noch ein großer Theil unverkauft. An der Abnahme des Holzhandels soll auch Riga Anteil haben, dessen Export in diesem Artikel seit einigen Jahren sehr zunimmt, und dessen Konkurrenz Danzig nicht immer Stand halten kann.

In Bezug auf den Waaren-Ausgang nach Polen ist leider eine fast gänzliche Verkehrsblockade mitzutheilen. Der hermetische Verchluss der Landesgrenze durch die russischen Bollverhölder und ihre sunnlofen, den Wert der Waare oft um das Doppelte übersteigenden Tariffälle ist seit Anfang d. J. womöglich noch hermetischer geworden. — Die jenseitigen Bollverhältnisse entziehen sich der öffentlichen Verbreitung, so viel steht aber fest, wenn diese Zustände bleiben, ein Handels-Vertrag nicht zu Stande kommt, so muß allmälig unser ganzer Verkehr mit dem Nachbarlande abreißen, und so sehr unser Handelsstand darunter leiden würde, das unglückliche Polen leidet mehr und bleibt immer mehr hinter der fortschreitenden Civilisation des Westens zurück.

**Von der polnischen Grenze,** 13. August. Auf Anordnung des Kaisers ist in Petersburg eine besondere Kaiserliche Kanzlei für das Königreich Polen eröffnet worden, deren Oberleitung dem Staats-Sekretair Milutin übertragen ist. Nach den über den Geschäftskreis dieser Kanzlei erlassenen Bestimmungen vereinigen sich in derselben alle legislativen Arbeiten für das Königreich, welche entweder unmittelbar auf Anordnung des Staats-Sekretairs Milutin, oder nach persönlichen Weisungen des Kaisers vorbereitet werden, um demnächst der Prüfung des Komitees für die Angelegenheiten des Königreichs Polen oder anderer höheren Staatsbehörden unterbreitet zu werden. Ferner hat die gedachte Kaiserliche Kanzlei möglichst genaue Nachrichten und alle Data zu sammeln, welche zur richtigen Beurtheilung der Lage des Königreichs, seiner Bedürfnisse und der Maßregeln zur Einführung heilsamer Reformen nöthig sind. Endlich gehört zu ihren Befugnissen die Oberaufsicht über die Ausführung der im Königreich vorzunehmenden Umgestaltungen und die Erwägung der dabei als nothwendig sich herausstellenden nachträglichen Maßregeln. Dem Staats-Sekretair Milutin werden alle Rechte und Pflichten verliehen, welche bisher an das Amt des Minister-Staats-Sekretärs des Königreichs Polen geknüpft waren. Daher werden ihm alle Verbindungen der Kaiserlichen Kanzlei mit dem Satthalter, den Ministern, den hohen Staatsbeamten und alle Kundgebungen des Kaiserlichen Willens in der Abteilung der Kanzlei überlassen. Ueber die Organisation und innere Einrichtung der Kanzlei hat der Staatssekretär Milutin Vorschläge zu machen. — Durch Kaiserlichen Uta vom 17. v. M. ist mit Rücksicht darauf, daß durch Uta vom 11. Sept. 1864 die Körperstrafe im ganzen Umfang des russischen Kaiserreichs abgeschafft ist, den ländlichen Gemeindegerichten im Königreich Polen die Befugnis auf Körperstrafen zu erkennen, entzogen und ihnen die Ermächtigung ertheilt worden, die Körperstrafen durch Geldstrafen bis zu 10 Rbl. zu ersezten. — Durch den Kaiserlichen Uta vom 6. d. Mts., wonach die amtlichen Korrespondenzen der Centralbehörden im Königreich Polen nicht mehr in polnischer, sondern in russischer Sprache geführt werden sollen, ist nur die Praxis gesetzlich bestätigt und legalisiert worden. Dieser Uta ist ein neuer Sieg des Milutinschen Russifizirungs-Systems. (Ost. B.)

### Vom Landtag.

Berlin, den 16. August.

**1. Sitzung der Adresskommission des Hauses der Abgeordneten.** Eröffnung 10½ Uhr. Anwesend waren Seitens der Staatsregierung der Finanzminister v. d. Heydt, Geh. Finanzrat Wollny und Geh. Regierungsrath Wagner.

Die Diskussion eröffnet der Referent Abg. Birchow, der einen neuen Abrechnungswurf vorlegt, welchem der des Abg. Waldeck zu Grunde liegt, jedoch mit einigen Abänderungen, welche geeignet sind, laut gewordenen Ausstellungen gegen den letzteren zu genügen und den Kreis der ihr Zustimmenden zu erweitern. Die amendirten Aliner's lauten in der Fassung, die der Herr Referent vorschlägt, wie folgt:

**II.** Von hoher Bedeutung sind schon jetzt die errungenen Erfolge: die Auflösung der Bundesverfassung, dieses nur scheinbare Bandes, welches nach Außen und Innen sich seit fünfzig Jahren zugleich hemmend und trübselig bewiesen hat, die Auseinandersetzung mit Westreich, die Verfeindung der Kleinstaaten, die Erweiterung des Machgebietes unseres Staates und die dadurch gegebene Aussicht, daß in nicht ferner Zeit ein politisch geeintes Deutschland unter Führung des größten deutschen Staates sich entwickeln könnte.

**IV.** Indem Eure Majestät des Konflikts über das Budgetrecht gedenken, erkennen Allerbüchstäbel nicht nur wiederhol den Artikel 99. der Verfassungsurkunde an, sondern sprechen auch die Verfeindung der Regierung aus, für die seit 1862 ohne Etatsgesetz geführte Verwaltung Indemnität von der Landesvertretung zu erlangen. Wir neben in tiefer Ehrerbietung dies königliche Wort an. Da der alljährlich im Boraus festzustellende Staatshaushaltsetat die Grundlage der Finanzwirtschaft bilden muss, so dürfen auch Ausgaben, welche das Abgeordnetenhaus in demselben abgesetzt hat, nicht aus irgend einem Grunde des Staatswohls dennoch geleistet werden, wenn nicht das Recht der Volksvertretung illusorisch werden soll.

Für die Zukunft vertrauen wir, daß die rechteitige Feststellung des Staatshaushaltsgesetzes vor Beginn des Etatsjahres die Gefahr eines neuen Konflikts verbüten und daß mit der Veranlassung dazu auch die Folge geboten sein wird.

Der Herr Referent führt aus, daß bei der Neugestaltung Deutschlands das gesamte Vaterland in die Organisation hineingezogen werden müsse. Angebots der Haltung, die Frankreich einnehme. Im Innern aber müsse nicht nur das Fatum des Konflikts, sondern auch das Prinzip befürigt werden, aus dem er entprang, und das sei nur möglich durch Anerkennung des Budgetrechts.

Abg. Graf Bethyus-Huc legt als Korreferent einen eigenen „farblosen“ Entwurf vor, den alle Parteien annehmen können. Er will den Konflikt nicht mehr berührt haben. Die Einigung des gesamten deutschen Vaterlandes sei zur Zeit noch nicht erreichbar. Der von dem Herrn Korreferenten eingebrauchte farblose Entwurf schließt sich in einem Anfangs dem Blandenburgh'schen Entwurf an; die Mittelsätze sind neu:

V. Freudig und dankbar haben wir die von Euer Majestät hochberzig befohlene Vorlage wegen Ertheilung einer Indemnität entgegenommen, und als den ersten Schritt zur erlebten Ausgleichung des verjährten, allseitig beklagten Konfliktes begrüßt. Wir werden unsererseits von gleichen Wünschen nach Veröffnung befehlt bei Eröffnung dieser Vorlage die Erwähnung des vaterländischen Besten jeder Rechts- und Parteifrage vorstellen.

**VII.** Die günst

gleichung aller inneren Streitigkeiten der Welt das imponirende Schauspiel eines nach Innen wie nach Außen geeigneten Preußens darstellen zu können.

Es sprechen demnächst die Antragsteller der vier Adressen.

Abg. v. Binske främt die verschiedenen vorliegenden Entwürfe, lobt namentlich die Deutlichkeit und Wärme des Waldeckschen im Gegensage zu dem des Abgeordneten Gneist, hebt aber dieses Lob durch die nachträgliche Analyse des Waldeckschen Hauptfazies wieder auf. Er vertheidigt seinen Entwurf, für den er, wie jeder Verfasser für den seinigen, eine begreifliche Vorliebe habe, wolle aber nicht stark an der Fassung derselben festhalten. Der durch die Thronrede befehlte Konflikt dürfe durch die Adresse nicht wieder aufgerichtet werden. In den Aten Alinea des Birchowischen Entwurfs herrsche ein Geist der Universalität. Die Betonung der Kreis- und Gemeindeordnung sei nicht angezeigt. Der Annexionsmäße man Erwähnung thun, doch ohne den Schlusspassus, betreffend die Stellung des Parlaments. Die Reichsverfassung habe den Vorzug, ein beliebtes Banner zu sein, doch sei es nicht gerathen, ihrer in der Adresse Erwähnung zu thun. Das bis zur Mainline herrschende Preußen sei die durch die Friedenspräliminarien vollzogene Thatsache, mit deren Bewältigung es vor der Hand Arbeit genug habe. Redner würde, falls sein Abredewort verworfen würde, sich dem Blankenburg'schen anschliezen, falls in demselben der den inneren Konflikt betreffende Passus geändert würde, denn die Verfassung müsse auch dem Thatsächlichen gegenüber aufrecht erhalten werden.

Abg. v. Blankenburg will sich diesem Wunsche gern fügen, denn dem Auslande gegenüber fände es vor Allem darauf an, daß das Abgeordnetenhaus einig erschien; daher alles, was den alten Hader erneuere, vermieden werden müsse.

Abg. Waldeck. Eine farblose Adresse sei unmöglich. Im Interesse der Regierung müsse das Budgetrecht ausgesprochen und festgehalten werden, damit die neu erworbene Landesteile ohne Misstrauen zu uns kommen. Würde wirklich ein neuer Abschnitt unserer Geschichte an, so ziehe es sich, ihn nicht durch einen Alt des Scheins einzuleiten. Sein Entwurf übergebe die Militärfrage, weil die Reorganisation der Armeen sich nur auf den Friedensstand beziehe. Die Annexionsseien ein Vortheil, aber nicht die Aufstellung der Mainline; sei doch das Wahlgesetz vom 12. April 1849 ein integrierender Theil der Reichsverfassung.

Abg. Gneist. Die Erwähnung der verlangten Indemnität und die Anerkennung des Entgegenkommen der Regierung dürfen in der Adresse nicht fehlen, desgleichen nicht die Anerkennung der Erfolge der auswärtigen Politik, mit der jedoch die äußere in Einklang gebracht werden müsse.

Hiermit ist die Generaldiskussion geschlossen. Nachdem der Referent, Abg. Birchow, seine Redaktion vertheidigt hat, ergreift das Wort der Finanzminister v. D. Heydt: Der Ministerpräsident sei verbündet, der Kommission beizuhören, er wolle ihm aber nicht vorgreifen. Nur über die Budgetfrage wolle er sich, sofern sie von dieser Diskussion berührt werde, aussprechen. Die Thronrede habe den Konflikt für immer beseitigen wollen. Die Meinungsverschiedenheiten über das Budgetrecht dürften doch meist theoretischer Natur bleiben, weil die Regierung nichts unterlassen werde, um jede Veranlassung zu neuen Konflikten zu vermeiden. Er gebe anheim, diesen Punkt in der Adresse nicht zu berühren, weil die Diskussion darüber eben schädlich als nützlich werden könnte.

Abg. Reichenberger und Genossen haben einen eigenen Abredewort (den siebenen seiner Art) eingebracht. Da derseleben ebenso wie der des Herrn Referenten erst noch gebracht werden muß, so wird vor Schlus der Sitzung nur noch zu einigen persönlichen Bemerkungen das Wort ertheilt. So hält der Referent dem Entwurfe des Abg. v. Blankenburg ein reichliches Lob ertheilt, er sage ihm fast am besten von allen zu, wenn er nicht andere Prinzipielle Einwendungen hervorrief; dagegen erschien ihm der Binske'sche Entwurf falsch. Der Abg. v. Binske erwähnte darauf, daß er schwer sei, einen Thermometer zu finden, um solche Wärmeunterschiede genau anzugeben, und konstatierte die so oft wiederkehrende Erscheinung einer Sympathie zwischen so erklärten Gegensätzen, wie die Herren v. Blankenburg und Herr Birchow sie bildeten.

Um 2 Uhr wird die Sitzung geschlossen und die nächste morgen (Freitag) 10 Uhr angestellt. Man glaubt, daß die Kommission mit ihrer Arbeit und der Herr Referent mit seinem Bericht in wenigen Tagen fertig seien, und die Abrededebatte im Hause in der Mitte der nächsten Woche stattfinden kann.

Von den Polen darf man annehmen, daß sie gegen jede Adresse stimmen werden, die nicht ihr, in der Vorbereitung begriffenes Amendingen im national-politischen Sinne anhimmelt, oder, daß sie sich der Abstimmung überbaust enthalten.

Das Herrenhaus hat Freitag 12 Uhr eine Sitzung, in welcher der Bericht der Justizkommission über die vier aus der Kriegszeit herrührenden Verordnungen erstattet wird.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, den 17. August.

[D]eßentliche Stadtverordneten-Sitzung am 16. d. M.] Eröffnung der Sitzung um 4½ Uhr durch den Vorsitzenden Justizrat Tschudke. Anwesend sind die Stadtverordneten Annus, B. Aich, S. Bielefeld, Borchardt, Breslauer, Briske, Dahlke, Dr. Handke, B. Jaffe, S. Jaffe, Janowicz, Knorr, Lüke, Mamroth, Martius, Schulz, Dr. Wenzel. Der Magistrat ist vertreten durch den Bürgermeister Kohleis, Stadtkonsulent Stenzel und die Stadträtte Dr. Samter und v. Treskon.

Nach Vorlesung des Protocols über die letzten außerordentlichen Sitzungen und Erledigung von einigen geschäftlichen Angelegenheiten richtet der Vorsitzende an die anwesenden Mitglieder der Sanitätskommission die Aufrichterung, der Versammlung Mitteilung über ihre bisherige Thätigkeit zu machen. Stadtröntete Bielefeldthebt hierauf mit, die Kommission habe vor mehreren Wochen eine Sitzung gehabt und sei seit jener Zeit vom Vorsteher, Herrn Polizeipräsid. v. Bärensprung, nicht wieder einberufen worden. Der Stadtverordnete Dr. Wenzel stellt darauf den Antrag, die Kommission möge sich, da die Cholera immer noch nicht erloschen, abermals versammeln und in Gemeinschaft mit dem Magistrat berathen, was in dieser Angelegenheit zu thun sei. Die Versammlung gibt dem Antrage ihre Zustimmung.

Hierauf theilt der Vorsitzende ein an ihm eingegangenes Schreiben mit in Bezug der Publikation lokalpolizeilicher Verordnungen etc. für die Stadt Posen in dem vereinigten Kreis- und Anzeigenblatt für die Kreise Kosten, Buk und Posen, das seit dem 1. Januar c. in der Stadt Posen erschienen ist. Diese Regierungsverfügung, wonach die die Stadt Posen betreffenden polizeilichen Verordnungen, Bekanntmachungen etc. in dem genannten Blatte publicirt werden sollten, wird in Folge einer Beschränkung der Stadtverordneten durch den Magistrat nunmehr für die Stadt zurückgenommen, und sollen die lokalpolizeilichen Bekanntmachungen durch das „Amtsblatt“ und die „Posener Zeitung“ erfolgen. Hiermit hält der Vorsitzende die Angelegenheit für die Versammlung für erledigt.

Die Gegenstände der Tagesordnung sind:

1) Betreffend die anderweitige Errichtung der städtischen Elementarschule. Die Angelegenheit muß verlegt werden, da der Referent der Kommission nicht anwändig ist.

2) Prüfung des Haushaltsetats der Stadt Königsberg, um darnach hier zu verfahren. Der Gegenstand ist nicht genügend vorbereitet und muß daher ebenfalls vertagt werden.

3) Betreffend die Wahl eines unbesoldeten Magistrats-Mitgliedes. In Stelle des verstorbenen Magistratsmitgliedes, Geh. Kommissionsraths Baartha, ist die Neuwahl eines unbesoldeten Stadtraths erforderlich.

Die Wahlkommission schlägt hierfür die Stadtverordneten Annus und C. Meyer vor. Herr Annus spricht vor der Wahl den Wunsch aus, ihn in seiner Thätigkeit als Stadtverordneten zu lassen; trotzdem fällt die Wahl auf Herrn Annus, der sich denn auch zur Annahme des Amtes bereit erklärt.

4) Entlastung mehrerer Kommunalfonds-Nachnahmen. Zwischen dem Etat und der aufgestellten Rechnung der Gasanstalt zeigt sich eine Differenz von ca. 1000 Thlr., weshalb der Referent der Finanzkommission den Antrag auf Vertagung des Gegenstandes bis zur nächsten Sitzung stellt. Der Antrag wird angenommen.

Eine beantragte und von der Finanzkommission befürwortete Gehalts-erhöhung wegen anstrengender Arbeit des Kontrolleurs und des Boten der Gasanstalt wird von der Versammlung genehmigt und der Kontrolleur um 50 Thlr., so daß sein Gehalt von 450 Thlr. auf 500 Thlr. zu stehen kommt, der Bote dagegen um 30 Thaler erhöht.

Eine Interpellation wegen des Kohlenbezugs für die Gasanstalt wird dahin beantwortet, daß die Kohlen teils aus England, dessen Lebze sich als

die vorzüglichste herausgestellt hat, theils aus Schlesien bezogen werden. Noch vor Kurzem sind 900 Last englische und 200 Last schlesische Kohlen angekauft worden. Mit der Oberholischen Eisenbahn-Direktion hat die Stadt einen Kontrakt abgeschlossen, wonach die letztere eine Kautions von 2138 Thlr. stellt, wofür ihr von Seiten der Bahn-Direktion stets eine Anzahl von Waggons zur Verfügung gestellt werden müssen. Da in Betreff dieser Kautionsangelegenheit aus der Versammlung Zweifel laut werden, so fordert der Vorsitzende für die nächste Sitzung Aufklärung 1) über die Differenz zwischen Etat und Rechnung der Gasanstalt; 2) über die Kautions an die Oberholische Eisenbahn-Direktion.

Die Decharge für eine Sparkassen-Rechnung kann gleichfalls noch nicht ertheilt werden, weil erst noch einige Punkte zur Erledigung kommen sollen. Andere Rechnungen werden dechargiert.

5) Betreffend die Verlegung der Jahrmarkte. Der Gegenstand muß zurückgelegt werden, da der Kommissionsbericht nicht eingelaufen ist.

6) Betreffend die Aufstellung der Wasserstände während der Cholera-Epidemie. Nach den Beschlüsse der Versammlung in einer der letzten Sitzungen hat der Magistrat 9 Diener angestellt, welche mittelst der Wasserleitung in sämtlichen Stadttheilen die Straßen zu besuchen, und die Rinnsteine auszuwickeln haben; ferner sind in der Stadt 14 Wasserständen, die von der städtischen Wasserleitung gespeist werden, überall da aufgestellt worden, wo es an trinkbarem Wasser mangelt. Nach eingegangenen Petitionen hat sich der Magistrat jedoch genötigt gefehlt, diesen 14 Wasserständen noch 2 Stände hinzuzufügen, und zwar ist der eine in der Teichgasse, der andere an der Ecke der Lauben- und Breslauerstraße aufgestellt worden. Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

7) Betreffend die Erhebung der 4. Einkommensteuerrate und Beschaffung der Mittel zur Deckung der Mobilmachungskosten. Der Magistrat bat unter 29. Mai er in einem Anschreiben an die Stadtverordneten wegen der Mobilmachungskosten mitgetheilt, daß die Stadt für die Mobilmachungskosten ca. 30.000 Thlr. erforderlich habe, und daß bereits 7000 Thlr. für die Landwehr, Borsigau etc. verausgabt seien, sowie, daß die monatlichen Landlieferungen der Stadt alle Monat 6000 Thlr. kosten. Für diese bedeutende außerordentliche Ausgabe ist das Geld augenblicklich nicht flüssig, weshalb der Magistrat zur Herbeischaffung des Geldes mehrere Wege vorschlägt. Die Angelegenheit ist der Finanzkommission zur Beratung übergeben worden, die nun folgende Vorschläge macht: 1) es soll die zweite Hälfte der viersten Einkommensesteuer-Rate erhoben und dem Magistrat zur Verfügung gestellt werden; 2) von den 56.000 Thlr. Stadtbilanzionen aus den neuen Wasserernesten sollen 25.000 Thlr. durch Lombard erworben und verwendet werden. Beide Vorschläge erlangen die Majorität der Versammlung.

8) Anlegung der Wasserleitung im Rathause, im Stadttheater und im städtischen Krankenhaus. Die Baukommission hält die Ausführung dieser Wasserleitungen, die der Stadt etwa 3060—4060 Thlr. Kosten verursachen würden, nicht für so dringend notwendig, um so weniger, da nach Mittheilung Seitens des Magistrats an den Oberbaurath Moore jetzt 161.000 Thlr. zu zahlen sind, so daß die vorhandenen Fonds der Wasserleitung momentan anderswo nicht verwendet werden können. Der Magistrat dagegen hat vorgebracht, daß Krankenhaus in seinem Parterre (Küche und Wohnung des Arztes) mit der Wasserleitung zu versehen, wofür die Kosten ungefähr 920 Thlr. betragen würden, und die oberen Theile der Krankenanstalt (Badeanstalt und Klosterräume etc.) noch ganz außer Acht zu lassen, da die Kosten hierfür sich auf etwa 1300 Thlr. belaufen, also die Gesamtneinrichtung 2220 Thlr. kosten würde. Die Einziehung der Wasserleitung in das Stadttheater hält der Magistrat für dringend notwendig, da dasselbe wegen seines inneren Holzbaues sehr feuergefährlich und dabei unversichert ist. Nachträglich ist auch ein Antrag für Einziehung der Wasserleitung in das Real-schulgebäude eingegangen. Die ganze Angelegenheit wird nochmals der Bau- und Finanzkommission zur näheren Beratung übertragen werden.

9) Schiedsmannswahlen. Die Schiedsmannswahlen für den 1., 6., 12. und 13. Bezirk ist zu wiederholen. Es werden wiedergewählt für den 1. Bezirk Herr Lewysohn, für den 6. Herr Höven, für den 12. Herr Beuth und für den 13. Bezirk Herr Galzowski. Für den 12. Armenbezirk wird Herr Bahlau als Armenvorsteher wiedergewählt.

In die Einschätzungs-Kommission werden als Mitglieder gewählt die Herren Breslauer, R. Schmidt, Wollenberg, Annus und Janowicz; als Stellvertreter die Herren Maeze, Lange, Capstki, Lewandowski und Rablüber.

10) Unterstützungen. Die Witwe eines ehemaligen städtischen Beamten ist um Erhöhung ihrer aus der Städtischen Kasse zu gewölbenden jährlichen Unterstützung eingekommen. Magistrat und Kommission haben die Erhöhung der Unterstüzung nach genauer Nachforschung über die Verhältnisse der Petentin nicht für notwendig, weshalb dieselbe auch von der Versammlung zurückgewiesen wird. Dagegen wird einem Kommunallehrer, der in seiner Familie von verschiedenen Unglücksfällen betroffen ist, eine außerordentliche Unterstützung von 50 Thlr. gewährt.

Schließlich wird vom Stadtverordneten Breslauer der Antrag gestellt, eine Kommission aus der Mitte der Versammlung zu wählen, welche über die dem zurückkehrenden 5. Armeekorps von der Stadt zu bereitenden Empfangsfeierlichkeiten berathen und Vorschläge machen soll. Der Antrag wurde nach längerer Debatte über die Art und Weise des Empanges angenommen und in die Kommission gewählt die Stadtverordneten Breslauer, Tschudke, Annus, Dr. Wenzel, Bielefeld, S. Jaffe, Schulz. Der Kommission ist es anheimgestellt, sich durch Männer aus der Bürgerschaft zu vergrößern.

Schluss der Sitzung um 1/2 Uhr Nachmittags.

\* Die Entbehrungen unseres Heeres in den fast ausgesogenen Ländern des Kriegsschauplatzes und die dort grassirende Cholera- und Typhus-Epidemie bieten unseren biegsigen Krieger-Unterstützungs-Vereinen auch während des Waffenstillstandes und nach Beendigung der Lazarett ein weites Feld zur gedeihlichen Entwicklung umfangreicher Thätigkeit. Nachdem der im vorigen Monate von den drei biegsigen Vereinen gemeinschaftlich abgehandelte große Transport von Lazarett-Gegenständen und Erfrischungen, Dank der Umstift und Energie des Transportleiters, Herrn Nektors Pielscher, nach Überwindung zahlloser Schwierigkeiten glücklich seiner Bestimmung zugeführt und der reiche Inhalt der Sendung beider Lazaretten von Nachod bis Lundenburg, teils den Truppen unseres Armeekorps um Nielskoje überlieferd worden, gingen die 3 Vereine, der Provinzial-, der Frauen- u. Jungfrauen- und der Local-Verein hier selbst, sofort an das Werk, unter Benutzung der Erfahrungen und Ratschläge des Herrn Pielscher eine neue Sendung nach dem Kriegsschauplatze vorzubereiten, diesmal — zur Vermeidung allzuprother Berücksichtigung — allein an die 10. Division. Da die Lazarett bis vor Brittanien, wohin vor Kurzem die meisten städtischen Lazaretten zu einem Hauptlazarett konzentriert wurden, nach übereinstimmenden Berichten ausreichend mit dem Erforderlichen versehen sind und fortwährend regelmäßig versorgt werden, so mußte die Sorge der Vereine sich hauptsächlich auf solche Stärkungsmittel und Effekten richten, welche den Truppen als Schutzmittel gegen die Epidemie dienen können. Mit den auf circa 4000 Thlr. vereinten disponiblen Mitteln des biegsigen Provinzial-, Frauen-, Jungfrauen- und Localvereins wurden daher Notwein, Cognac, Hornbranntwein, Leibbinden, Fußlappen u. s. w. beschafft, aus dem Depot des Provinzialvereins aber bedeutende Mengen Hemden und sonstige Leinenzeug-Gegenstände beigesteuert, und ist dieser Transport vorige Woche unter Leitung des Kommandanten Herrn Blasche abgegangen, um, wenn möglich, auf direkter Eisenbahntroute über Lübeck eventuell Dresden nach Trebnig und Brünn kosten- und frachtfrei befördert zu werden.

Unsere beiden Posener Landwehr-Regimenter Nr. 18. und 19. befinden sich zwar nicht in Feindeland, jedoch auch in der Gefahr der Epidemie und unter dem Drucke mannsfacher Entbehrungen. Ihnen ebenfalls die theilnehmende Sorge nach Kräften zuzuwenden, erkannten die Vereine als landmännische Pflicht. Daher sind auch an sie in voriger Woche Sendungen Stärkungsmittel und Effekten im Werthe von zusammen circa 900 Thlr. nach Neisse und Kosel abgegangen.

Die mühevollen Speditionen nach dem Bahnhofe hat, wie voriges Mal Herr Rablüber, so dieses Mal Herr Auerbach mit dankenswerther Gesälligkeit bewirkt.

— Cholera: Am 15./16. August c. erkrankten im Civil 8, starben 5; bestand am 16. August c. im Stadtlazarett 23, im Militärlazarett 105.

— [Theater.] Die gestrige Vorstellung hat den Erwartungen nicht entsprochen. Die neue Posse: Abenteuer eines Berliner Gefangenvoreins, besteht einerseits aus Reminiszenzen, andererseits

aus Trivialitäten, die nicht einmal zum Lachen reizen. Woher der große Ruf derselben kommt, ist uns unbekannt.

— Nachdem die Verwaltung der Stargard-Posener Eisenbahn endgültig an die Oberholische Eisenbahngesellschaft übergegangen, wird dieselbe in die Lage gekommen sein, den vielfältigen und gerechten Beschwerden über den langen Aufenthalt der Reisenden in Kreuz, der fast mit jedem Anschluß für die Touren von Posen nach Berlin, Bromberg, Königsberg, Warschau, Stein etc. und umgekehrt, verbunden ist, Abbilfe zu verschaffen; es ist eine solche namentlich für die Nachtzüge erforderlich, bei denen, will man von Posen nach Stettin oder Bromberg, oder von dort nach Posen sich begeben, durchschnittlich ein vier- bis fünfstündiger Aufenthalt stattfindet. Ein großes Contingent der Reisenden liefert die Stadt Posen und billig erscheint es, daß man in dieser und im Interesse der Eisenbahngesellschaft selbst den Fahrplan so ändert, daß die Nachtzüge, bequemer gelegt, stärker benutzt werden können. — Bei dieser Gelegenheit wiederholen wir den schon früher geäußerten Wunsch, daß auch auf den Bügen des Posen-Breslauer und Stargard-Posener Eisenbahn Komplex für Nichtraucher in dritter Wagenklasse, namentlich im Interesse der reisenden Damenvolk-recht bald eingerichtet werden mögen. Eine solche sehr willkommene Einrichtung befiehlt seit einem Monaten auf der Ostbahn.

— Berichtigung. Der Artikel Ihres Meßerizer Korrespondenten in Nr. 188 Ihrer Zeitung enthält Irrthümer. Was namentlich die Ausbreitung der Cholera hierbei betrifft, so sind seit dem Ausbrüche derselben (22. Juli) bis heute 14 Personen von 1890 Einwohnern gestorben und außerdem 16 Personen, theils an unbedeutenden Anfällen, erkrankt und meist genesen. Die Krankheit scheint jetzt zu erloschen.

Bericht, den 15. August 1866. v. Arnim, Bürgermeister.

# Neustadt b. P. 15. August. [Anordnung; Geschäftliche.] Wegen der gegenwärtig herrschenden Cholera-Epidemie hat sich nunmehr biegsiger Magistrat veranlaßt gegeben, sanitätspolizeiliche Anordnungen zu treffen, nach welchen jeder Haushaltsgenoss verpflichtet ist, die auf seinem Grundstück vorhandenen Abritte, Senkgruben, Latrinen, Schlemmata, Abzugskanäle und Rinnsteine durch Anwendung geeigneter Mittel in geruchlosen Zustand zu setzen und darin zu erhalten. Die Rinnsteine müssen mindestens zweimal wöchentlich und zwar am Dienstag und Freitag gereinigt und gebürgt ausgepumpt werden. Abzugskanäle und Rinnsteine aus den gedachten Straßen nicht geleitet werden, und wo solche bestehen, müssen sie entsprechend entfernt werden.

Nachdem die Kriegsschrecken als besiegt anzusehen, scheint nunmehr wieder Vertrauen in die Geschäftswelt einzufahren. Es finden bereits wieder Spiritus- und Getreide-Verladungen statt, und das Geschäft, welches in jeder Beziehung darniederlag, erhält jetzt neues Leben.

In diesen Tagen wurde eine bedeutende Partie Schaffelle, welche sich während der Kriegszeit angesammelt hatte, da keine Abnehmer waren, zu ameinbaren Preisen verkauft. Auf Lammsolle bleibt die Nachfrage reg, und es sind bereits einige Posten nach Breslau und Berlin verladen worden. Dagegen sind die Schurwoll-Läger hier und in unserer Nachbarstadt Pinne, welche man auf mehrere 1000 Ctr. schätzt, noch komplett. Hin und wieder treffen zwar Händler und Fabrikanten ein, allein zu einem Geschäftabschluß kommt es noch immer nicht kommen,



## Proclama.

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns **Theophil Radtkewicz** zu Schmiegel ist zur Verhandlung und Beurklaftung über einen Aftord-Termin auf den 3. September c. 9 Uhr Vormittags vor dem unterzeichneten Kommissarius im bie-figen neuen Gefängnis-Gebäude anberaumt worden.

Die Beteiligten werden hier von mit dem Bemerkern in Kenntnis gesetzt, daß alle festge-stellten Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Oppobefehl, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beurklaftung über den Aftord berechtigen.

Kosten, den 8. August 1866.

Königliches Kreisgericht.

### I. Abtheilung.

Der Kommissarius des Konkurses. **Meissner**, Kreisrichter.

Montag den 20. d. M.  
sehe ich den Unterricht in meiner Schule wieder fort.

**Below.**

In meiner **Gusssteinfabrik**, fl. Gerberstraße 9., sind stets vorrätig: **Bieh- und Pferdekrippen, Tränk- und Schweinetröge, Erdrinnen, Nöhren, Vasen, Springbrunnen, Schalen, Gartenbänke und Tische, Grab- und Laufsteine, Pfeiler und Deckplatten, fertige Fliesen und architektonische Verzie-rungen.**

**A. Krzyżanowski.**

Als Präservativ gegen die **Cholera** empfehle ich wiederholzt das Chinin. Gebrauchs-anweisungen sind bei dem Buch- und Stein-druckerei-Betitzer Herrn **Busse** in Posen gratis zu haben.

**La Roche.**

Echt Liebigschen Fleisch-Extrakt im Kräuschen à 15 Sgr. empfiehlt **Elsner's Apotheke**.

**Pecco-Thee**

von vorzüglicher und b-währter Qualität, das Pfund zu 2 Thlr. empfiehlt die Konditorei von

**A. Pfitzner** am Markte.

**Lotterie-Anzeige.**

Die Erneuerung der Lotterie zur III. Klasse königlich preußischer Landeslotterie ist bis zum 7. September zu bewirken.

Postvorrichte verleiht nur noch bis zum 20. August einschließlich, spätere Renova-tionen können nur gegen Einführung des Be-trages bewilligt werden, §. 8.

Lotterie für neu eintretende Spieler, zum Ermäßigungspreise nach §. 3., für 3. Klasse:

44 Thlr. 22 Thlr. 11 Thlr.

8 Thlr. 3 Thlr. 1½ Thlr. 22½ Sgr. verleiht, alles auf gedruckten Anteil-scheinen, gegen Postvorrichte oder Einführung des Betrages

die Staatseffekten-Handlung von

**M. Meyer** in Stettin.

Im Hause St. Martin-Straße Nr. 4. am Mickiewicz-Platz ist eine herrschaftliche Wohnung und eine in der dritten Etage von Michaeli d. J. zu vermieten.

Näheres beim **Dr. Matecki**.

Zu vermieten mehrere Speicheräume und Wohnungen. Zu erfragen im Komptoir Gerberstraße Nr. 27.

Eine große Werkstätte nebst Zu-behör ist zu vermieten kleine Ger-berstraße Nr. 8.

Eine Verwaiste sucht bei einer anständigen Familie Wohnung. Ges. Adresse wird un-ter Chiffre C in die Exped. d. Btg. erbeten.

Ein deutscher Brauer, der auch Lager-biere zu fertigen versteht, findet ein gutes Unterkommen bald oder zum 1. Oktober auf einem großen Dominium. Wo? sagt die Expedition dieser Zeitung.

Stettin, den 17. August 1866. (Marcus & Maass.) Not. v. 16.

**Rüböl**, matter.

Sevibr.-Oktbr. . . . 70½ 71½ Mittel-Weizen . . . . 2 17 6 2 21 3

Oktbr.-Novbr. . . . 69½ 70½ Ordinärer Weizen . . . . 2 10 — 2 12 6

Frühjahr 1867 . . . . 68½ 68½ Roggen, schwere Sorte . . . . 1 20 — 1 25 —

Roggen, leichte Sorte . . . . 1 24 — 1 25 —

Große Gerste . . . . — — — —

Kleine Gerste . . . . — — — —

Hafser . . . . — — — —

Kocherbösen . . . . — — — —

Futtererbösen . . . . — — — —

Winterrbösen . . . . — — — —

Winternaps . . . . — — — —

Sommerrbösen . . . . — — — —

Sommernaps . . . . — — — —

Buchweizen . . . . — — — —

Kartoffeln . . . . — — — —

Butter, 1 Fas zu 4 Berliner Quart . . . . 1 25 — 2 10 —

Röther Klee, der Centner zu 100 Pfund . . . . — — — —

Weißer Klee, dito . . . . — — — —

Heu . . . . — — — —

Stroh . . . . — — — —

Rüböl . . . . — — — —

Stettin, den 17. August 1866. (Marcus & Maass.) Not. v. 16.

Sevibr.-Oktbr. . . . 46 45½ Rüböl, matter.

Oktbr.-Novbr. . . . 46 45½ Spiritus, fester.

Frühjahr 1867 . . . . 68½ 68½ Spiritus, fester.

Sevibr.-Oktbr. . . . 14½ 14 Butter, 1 Fas zu 4 Berliner Quart . . . . 1 25 — 2 10 —

Oktbr.-Novbr. . . . 14½ 14 Röther Klee, der Centner zu 100 Pfund . . . . — — — —

Frühjahr 1867 . . . . 14½ 14 Weißer Klee, dito . . . . — — — —

Heu . . . . — — — —

Stroh . . . . — — — —

Rüböl . . . . — — — —

Stettin, den 17. August 1866. (Marcus & Maass.) Not. v. 16.

Sevibr.-Oktbr. . . . 70½ 71½ Rüböl, matter.

Oktbr.-Novbr. . . . 69½ 70½ Spiritus, fester.

Frühjahr 1867 . . . . 68½ 68½ Spiritus, fester.

Sevibr.-Oktbr. . . . 46 45½ Butter, 1 Fas zu 4 Berliner Quart . . . . 1 25 — 2 10 —

Oktbr.-Novbr. . . . 46 45½ Röther Klee, der Centner zu 100 Pfund . . . . — — — —

Frühjahr 1867 . . . . 14½ 14 Weißer Klee, dito . . . . — — — —

Heu . . . . — — — —

Stroh . . . . — — — —

Rüböl . . . . — — — —

Stettin, den 17. August 1866. (Marcus & Maass.) Not. v. 16.

Sevibr.-Oktbr. . . . 70½ 71½ Rüböl, matter.

Oktbr.-Novbr. . . . 69½ 70½ Spiritus, fester.

Frühjahr 1867 . . . . 68½ 68½ Spiritus, fester.

Sevibr.-Oktbr. . . . 46 45½ Butter, 1 Fas zu 4 Berliner Quart . . . . 1 25 — 2 10 —

Oktbr.-Novbr. . . . 46 45½ Röther Klee, der Centner zu 100 Pfund . . . . — — — —

Frühjahr 1867 . . . . 14½ 14 Weißer Klee, dito . . . . — — — —

Heu . . . . — — — —

Stroh . . . . — — — —

Rüböl . . . . — — — —

Stettin, den 17. August 1866. (Marcus & Maass.) Not. v. 16.

Sevibr.-Oktbr. . . . 70½ 71½ Rüböl, matter.

Oktbr.-Novbr. . . . 69½ 70½ Spiritus, fester.

Frühjahr 1867 . . . . 68½ 68½ Spiritus, fester.

Sevibr.-Oktbr. . . . 46 45½ Butter, 1 Fas zu 4 Berliner Quart . . . . 1 25 — 2 10 —

Oktbr.-Novbr. . . . 46 45½ Röther Klee, der Centner zu 100 Pfund . . . . — — — —

Frühjahr 1867 . . . . 14½ 14 Weißer Klee, dito . . . . — — — —

Heu . . . . — — — —

Stroh . . . . — — — —

Rüböl . . . . — — — —

Stettin, den 17. August 1866. (Marcus & Maass.) Not. v. 16.

Sevibr.-Oktbr. . . . 70½ 71½ Rüböl, matter.

Oktbr.-Novbr. . . . 69½ 70½ Spiritus, fester.

Frühjahr 1867 . . . . 68½ 68½ Spiritus, fester.

Sevibr.-Oktbr. . . . 46 45½ Butter, 1 Fas zu 4 Berliner Quart . . . . 1 25 — 2 10 —

Oktbr.-Novbr. . . . 46 45½ Röther Klee, der Centner zu 100 Pfund . . . . — — — —

Frühjahr 1867 . . . . 14½ 14 Weißer Klee, dito . . . . — — — —

Heu . . . . — — — —

Stroh . . . . — — — —

Rüböl . . . . — — — —

Stettin, den 17. August 1866. (Marcus & Maass.) Not. v. 16.

Sevibr.-Oktbr. . . . 70½ 71½ Rüböl, matter.

Oktbr.-Novbr. . . . 69½ 70½ Spiritus, fester.

Frühjahr 1867 . . . . 68½ 68½ Spiritus, fester.

Sevibr.-Oktbr. . . . 46 45½ Butter, 1 Fas zu 4 Berliner Quart . . . . 1 25 — 2 10 —

Oktbr.-Novbr. . . . 46 45½ Röther Klee, der Centner zu 100 Pfund . . . . — — — —

Frühjahr 1867 . . . . 14½ 14 Weißer Klee, dito . . . . — — — —

Heu . . . . — — — —

Stroh . . . . — — — —

Rüböl . . . . — — — —

Stettin, den 17. August 1866. (Marcus & Maass.) Not. v. 16.

Sevibr.-Oktbr. . . . 70½ 71½ Rüböl, matter.

Oktbr.-Novbr. . . . 69½ 70½ Spiritus, fester.

Frühjahr 1867 . . . . 68½ 68½ Spiritus, fester.

Sevibr.-Oktbr. . . . 46 45½ Butter, 1 Fas zu 4 Berliner Quart . . . . 1 25 — 2 10 —

Oktbr.-Novbr. . . . 46 45½ Röther Klee, der Centner zu 100 Pfund . . . . — — — —

Frühjahr 1867 . . . . 14½ 14 Weißer Klee, dito . . . . — — — —

Heu . . . . — — — —

Stroh . . . . — — — —

Rüböl . . . . — — — —

Stettin, den 17. August 1866. (Marcus & Maass.) Not. v. 16.

Sevibr.-Oktbr. . . . 70½ 71½ Rüböl, matter.

Oktbr.-Novbr. . . . 69½ 70½ Spiritus, fester.

Frühjahr 1867 . . . . 68½ 68½ Spiritus, fester.

Sevibr.-Oktbr. . . . 46 45½ Butter, 1 Fas zu 4 Berliner Quart . . . . 1

Spiritus hat man anfänglich etwas billiger kaufen können, später erhöhten sich die Preise vollständig und der Artikel schlägt seit mit überwiegendem Kauflust.

Rüböl bei sehr schwachen Umsätzen im Werthe unverändert.

Weizen loko fest, Termine ohne Veränderung. Gefündigt 2000 Etr.

Häfer loko reichlich offeriert, Termine flau und niedriger. Gefündigt 600 Etr. Kündigungspreis 63½ Etr.

Gäser loko reichlich offeriert, Termine flau und niedriger. Gefündigt 600 Etr. Kündigungspreis 25½ Etr.

Weizen loko p. 2100 Pfd. 50—76 Rtr. nach Qualität, bunter volu.

65½ Rtr. a ½, weißbunter do. 68½, hochbunter 72 Rtr. b. p. 2000 Pfd. August

63½ Rtr. b., August—Septbr. do., Septbr.—Oktbr. 64 Rtr. nominell, Oktbr.—Novbr. 65½ Rtr. Frühjahr 66 Br.

Rogggen p. 2000 Pfd. loko neuer 49½ Rtr. ab Bahn b., vor dem Kanal

80/82 Pfd. 48 a 49 Rtr. b., August 48½ Rtr. b., August—Septbr. 47½ a ½ b.

Septbr.—Oktbr. 47½ 47 a ½ b. u. Br., ½ Gd. Oktbr.—Novbr. 46½ a ½ b.

a ½ b. Br. u. Gd. Novbr.—Dezbr. 46½ a ½ b. u. Br., ½ Gd. Frühjahr

46 a ½ b. u. Br., 46 Gd.

Gäste loko p. 1750 Pfd. 38—44 Rtr.

Häfer loko p. 1200 Pfd. 25 a 29 Rtr. August 25½ a ½ Rtr. b., August—

Septbr. 25 b., Septbr.—Oktbr. 25 Br., Oktbr.—Novbr. do., Novbr.—Dezbr.

24½ Br. Frühjahr 25 b.

Erbse p. 2250 Pfd. Kochware 50—64 Rtr. Futterwaare do.

Naps p. 1800 Pfd. 80 a 90 Rtr. loko 89 Rtr. ab Bahn b.

Rüben Winter. 78 a 86 Rtr. loko 82 Rtr. ab Bahn b.

Rüböl loko p. 100 Pfd. ohne Fas 12½ Rtr. b., ½ Br., August 12½

b., August—Septbr. 12½ a ½ b. u. Br., ½ Gd., Oktbr.—Novbr. 12½

Oktbr. allein 12½ b., Oktbr.—Novbr. 12½ a ½ b. u. Br. u. Gd., Novbr.—

Dezbr. 12½ a ½ b.

Leinöl loko 14½ Rtr.

Spiritus p. 8000% loko ohne Fas 14½ Rtr. b., August 14½ a ½ a ½

Rtr. b., Br. u. Gd. August—Septbr. do., Septbr.—Oktbr. 14½ a ½ a ½ b.

u. Br., ½ Gd. Oktbr.—Novbr. 14½ a ½ b. u. Br., Br. u. Gd., Novbr.—

Dezbr. April 15 a 14½ a 15 b.

Mehl. Weizenmehl Rtr. 0. 4½—4 Rtr. Nr. 0. u. 1. 4½—3½

Rtr. Roggenmehl Nr. 1. 3½—3½ Rtr. Nr. 0. und 1. 3½—3 Rtr. b. pr.

Etr. unverstellt.

(B.H.B.)

Berlin, 16. August. Nach amtlicher Aufstellung sind während der

Woche vom 10.—16. August c. die Marktpreise des Kartoffel-Spiritus

p. 8000% nach Tralles frei hier ins Haus geliefert, wie folgt festgelegt, am

10. August 1866 . . . . . 14½—14½½ Rtr.

11. " " . . . . . 14½ Rtr.

13. " " . . . . . 14½ Rtr.

14. " " . . . . . 15 Rtr.

15. " " . . . . . 14½—14½ Rtr.

16. " " . . . . . 14½ Rtr. (B.H.B.)

Stettin, 16. August. Wetter: Schön, + 16° N. Barometer: 28".

Wind: W.

Weizen mässer, loko p. 85 Pfd. gelber 66—72 Rtr. b., mit Auswuchs

54—62 Rtr. b., 83 85 Pfd. gelber pr. August 72, 71½ b. u. Br., Septbr.—

Oktbr. 70½ b. u. Br., Oktbr.—Novbr. 69½ Br., 69 Gd., Frühjahr 68

b. u. Gd.

Rogggen schwach behauptet, p. 2000 Pfd. loko 45—46 Rtr. b., pr.

August, August—Septbr. und Septbr.—Oktbr. 45½ b. u. Br., Oktbr.—

Novbr. 45½ Br., Frühjahr 45½ Br., 45 Gd.

Gäste loko p. 70 Pfd. neue Schles. 41½—43 Rtr. b., alte schlech. 39½

41 Rtr. b.

Häfer loko 50 Pfd. 24—26½ Rtr. b., p. 47/50 Pfd. pr. August 26½ Br.

Septbr.—Oktbr. 26½ b.

Erbse pr. Frühjahr Futter- 48 Rtr. Gd.

Winterrüben loko 78—82 Rtr. b., pr. Septbr.—Oktbr. 83 b.

Rüböl etwas niedriger, loko 12½ Rtr. b., 12½ b. u. Br., pr. August 12½

Br., Septbr.—Oktbr. 12½ b. u. Gd., Oktbr.—Novbr. 12 Gd.

Spiritus schwach behauptet, loko ohne Fas 14½ Rtr. nominell, pr.

August—Septbr. 14 b., Septbr.—Oktbr. 14 b., Novbr.—Dezbr. 13½ b.,

Frühjahr 14½ b., Br. u. Gd.

Angetestet: Nichts.

Cocculus nuböl, Cochin 18½ Rtr. b., 18½ Rtr. gef.

Hering, schott. ungest. Voll 13½ Rtr. trans. b., 13½ Br.

Blauholz, Domingo 2 Rtr. b. (Ostl.-Rtg.)

Breslau, 16. August. [Produktenmarkt.] Das Angebot blieb

am heutigen Morgen belanglos und waren Preise bei sehr ruhigem Geschäftsvorkehr im Allgemeinen wenig verändert.

(Pfandbriefe)

**Fonds- u. Aktienbörsen.**

Berlin, den 16. August 1866.

**Preußische Fonds.**

Freiwillige Anleihe 4½ 96½ b.

Staats-Anl. 1859 5 102½ b.

do. 54, 55, 57 4½ 97 b.

do. 66, 1859 4½ 97 b.

do. 1864 4½ 97 b.

do. 50, 52 conv. 4 8½ b.

do. 1853 4 89½ G.

do. 1862 4 89½ b.

Präm. St. Anl. 1855 3½ 122 b.

Staats-Schuldch. 3½ 82½ b.

Kurz-Neumarkt 3½ 82 b.

Oder-Deichs.-Obl. 4½ —

Berl. Stadt-Obl. 4½ 96 G. 5% 101

do. 3½ 80 G. b.

Berl. Börsenb.-Obl. 5 —

Kurz- u. Neu. 3½ 80½ b.

Märkische 3½ 90½ G.

Ostpreußische 3½ 79 G.

do. 4 86½ b.

Pommersche 3½ 81½ b.

do. neue 4 90½ b.

Potensche 4 —

do. 3½ —

do. neue 4 89½ b.

do. 4 89½ b.

do. 4 85 b.

do. do. 4½ —

do. 4 91 b.

do. 4 91 b.

do. 4 92½ b.